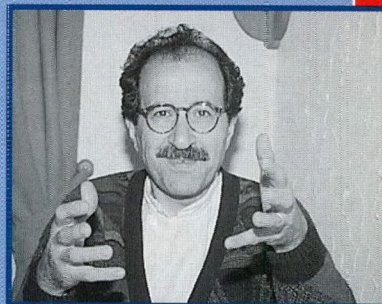


NOTARZT

Im Blickpunkt:
Die Not der Helfer

Interview mit
Rafik Schami



Zivil-Thema:
Internationales
Konfliktmanagement

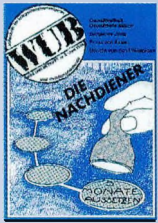
Außerdem: Auf
Tour mit einem
Rollstuhlbike

Mit Regionalteil
für Zivis in Baden,
Württemberg und
Kürhessen-Waldeck

Stuttgart, den 12.2.'96

Liebe Leserin lieber Leser,

zehn Jahre ist es her, daß wir das Projekt einer Zeitschrift gestartet haben, die alle evangelischen Zivis erreichen soll. Auflage, Outfit und Rubriken unserer Hefte haben sich seither verändert und entwickelt –

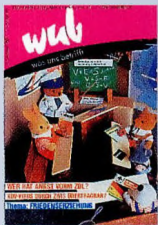


konstant geblieben ist unser Bemühen, neben Informationen zur Kriegsdienstverweigerung und Tips zum Zivildienst auch aktuelle Themen der Friedensdiskussion in Kirche und Gesellschaft anzupacken. Dabei haben uns zahlreiche Rückmeldungen, Vorschläge und auch Artikel unserer LeserInnen sehr geholfen. Gefreut hat uns, daß unsere Zeitschrift über den engeren Bereich des Zivildienstes hinaus mehr und mehr auch im Umfeld sozialer Einrichtungen, bei Profis in der Jugend- und Bildungsarbeit und, nicht zuletzt, bei ehemaligen ZDL auf Interesse gestoßen ist.



Mit der hier vorliegenden Ausgabe hat sich einiges geändert. Wir haben nicht nur unsere Produktionstechnik umgestellt, sondern uns auch ein neues Layout und vor allem einen neuen

Namen gegeben: Aus **wub** (was uns betrifft) wird **zivil!** Zum einen wird uns dieser Schritt, so hoffen wir in der Redaktion, eine Menge Fragen und Telefoneinheiten ersparen („Wupp? Wie schwuppdie-wupp – oder was?“ „Was wen betrifft, bitte?“). Zum anderen fanden wir nach langen Diskussionen, daß der Titel „zivil“ ein deutlicheres Signal für die Themen unserer Zeitschrift abgibt. Mit „zivil“ (alltagssprachlich für „nicht-uniformiert“) verbinden wir die



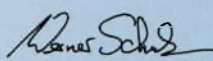
kritische Auseinandersetzung mit einer rein militärischen Sicht der Dinge und die Suche nach gewaltfreien Alternativen. „zivil“ (von lateinisch civis, „Bürger“) ist für uns die Vision einer lebensfreundlichen Gesellschaft, in der Bürgerrechte geachtet werden und Zivilcourage, Eigenverantwortung und Solidarität mit den Schwachen sich gegen verordnete Befehl-Gehorsams-Muster und gegen Ellenbogenmentalität durchsetzen. Was wir brauchen, ist

- eine „vorrangige Option der Gewaltfreiheit“ (EKD-Synode), die praktisch Gestalt annimmt,
- „eine Kultur aktiver und lebensfreundlicher Gewaltfreiheit“ (Ökumenischer Rat der Kirchen)
- „eine Kultur, die Gewalt ablehnt und stattdessen Problemlösungen durch Dialog und Verhandlungen sucht“ (UNESCO).

Mit „zivil“ wollen wir auch künftig dazu beitragen, daß diese Ziele nicht nur in mehr oder weniger hochrangigen Dokumenten abgespeichert werden, sondern in Kirche und Gesellschaft hier und jetzt, ganz praktisch und konkret auf der Tagesordnung bleiben.

Als alte wub- und neue zivil-Redaktion sind wir gespannt auf Ihr Echo.

Herzlich Ihre


Friedrich Schneider



Im Blickpunkt 4

Die Not der Helfer

Preisrätsel 7

Kommentar 8

Wie die Bundeswehr attraktiv werden will

Leserbericht 9

Eine Ausstellung dokumentiert die Verbrechen der Wehrmacht

Eine Welt 10

Neue Armut durch alte Klamotten

Recht 12

Krank im Zivildienst, Teil 2

Zivil-Thema:

Internationales Konfliktmanagement

13 UNO: Versager oder Hoffnungsträger?

14 Der Internationale Gerichtshof in Den Haag

16 Die Bundeswehr – ein Auslaufmodell?
18 Frieden durch Recht – Vom „gerechten Krieg“ zur Weltfriedensordnung

Fundsache 21

ächt ätzend: „Bombers Pin Up Beer“

Unterwegs 22

Auf Tour mit einem Rollstuhlfahrad

Interview 24

mit Rafik Schami

Buchtips 26

Briefe 28

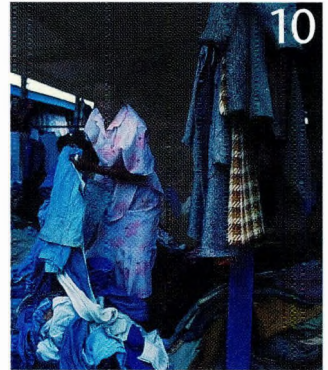
Info 29

Rüstzeiten 30

Impressum 30

Gedanken 31

Zivil-Galerie 32



„zivil“ (bis 1995: wub/was uns betrifft) ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo. Wer darüber hinaus über Chancen und Hindernisse einer „Kultur des Friedens“ auf dem laufenden bleiben will, kann die Hefte zum zivilen Preis von 12,- DM jährlich abonnieren.

Der Bestellabschnitt für AbsolventInnen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, KDVer, Krankenschwestern, LehrerInnen, MitarbeiterInnen in Kirche und Diakonie, SozialpädagogInnen künftige oder ehemalige Zivis und andere friedensbewegte Menschen befindet sich auf Seite 29.

„zivil“ wird
gedruckt auf 100%
Altpapier, chlorfrei
recycelt!

ZAHLEN

Jede/r Zweite betet

Jede/r zweite Deutsche betet, jede/r Dritte (32 %) täglich oder mehrmals in der Woche. Diese Zahlen ergab eine repräsentative Umfrage. Männer beten zu 45 % überhaupt nie, Frauen nur zu 29 %. Im Alter zwischen 14 und 29 Jahren sprechen 21 % täglich oder mehrmals wöchentlich ein Gebet. Als Christen fühlen sich 33 % der 14-25jährigen, während sich 31 % wenig oder nicht für Religion interessieren.

NACHLESE

wir berichteten...

... in wub-Ausgabe 1/95 (Thema: „50 Jahre danach“) über die problematische Traditionspflege bei der Bundeswehr und die Tatsache, daß noch 50 Jahre nach Kriegsende Kasernen nach Nazi-Generälen benannt sind. Jetzt ist nach einer Entscheidung der Verteidigungsministers endlich damit Schluß: Die nach den Nazi-Generälen Dietl und Kübler benannten Kasernen werden in „Allgäu-Kaserne“ bzw. „Karwendel-Kaserne“ umgetauft.

ZITATE

Tradition

„Die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung des daraus abgeleiteten Rechtes auf Leben sowie die auf christlichem Glauben begründete Achtung des Schutzes des Lebens geben klare Richtschnur für das Handeln. Auf diesem sittlichen Fundament beruht auch das, was die Bundeswehr an überliefernter Tradition bewahren will.“ Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, in: FR 27.10.1995

Militärpfarrer

„In Zukunft werden wir natürlich nur Pfarrer einstellen, die bei ihren Soldaten bleiben werden. Und zwar unabhängig davon, ob ein Einsatz ethisch legitimiert ist oder nicht. Zwar muß darüber nachgedacht werden, ob Einsätze ethisch und politisch verantwortlich sind. Aber das ist nicht die Aufgabe von Militärpfarrern.“ Hartmut Löwe, evangelischer Militärbischof, in der Berliner taz vom 21.11.95.

Kein „gemischter, ziviler Chor“ für Staatsgäste

Die „Interessengemeinschaft zur Pflege des musischen und gedanklichen Erbes von John Lennon“ mußte im vorigen Jahr eine Ablehnung des Bundestags-Petitionsausschusses einstecken: Der Vorschlag, beim Empfang ausländischer Staatsgäste zukünftig – auf Wunsch des Gastes – statt einer Militärkapelle einen „gemischten, zivilen, multikulturellen und altersunbegrenzten Chor“ singen zu lassen, wurde abgelehnt.

Burschenschaften

Zivis und Ausländer sollen Mitglied in der „Neuen Deutschen Burschenschaft“ werden können, die Anfang Januar als Gegenstück zur „Deutschen Burschenschaft“ (DB) gegründet wurde. Die DB, der im vergangenen Jahr zunehmende rassistische und neofaschistische Tendenzen vorgeworfen wurden, lehnt Zivis ab, „Vaterlandsverteidigung mit der Waffe“ gilt den Traditionalisten als eisernes Prinzip.

Welternährung

„Das aktuelle Budget der FAO (Welt-ernährungsorgani-sation), die 800 Mio. armen Menschen helfen soll, entspricht lediglich dem Betrag, der an nur sechs Tagen in neun 'entwickelten' Ländern für Hunde- und Katzennahrung ausgegeben wird.“ Jacques Diouf, Generaldirektor der FAO



TRENDS

Anti-Macho Training

Einen Monat ihres Militärdienstes sollen norwegische Wehrpflichtige in Kindergärten ableisten. Das schlug eine vom Osloer Familienministerium eingesetzte Kommission vor. Mit dieser Maßnahme seien zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen: Der katastrophale Mangel an männlichen Bezugspersonen in Kindergärten werde behoben und das „Macho-Menschenbild“ der Soldaten abgebaut. Mit den Kindern könnten die Soldaten Fürsorge erlernen, und Fürsorge sei das Gegenstück zu Gewalt. Die Reaktionen auf diesen Vorschlag waren, wie es hieß, „gemischt“.

Eurofighter

13 Zentimeter mißt ein 10-Mark-Schein in der Länge. Nähme man das Geld, das ein einziger Eurofighter 2000 den Steuerzahler kosten wird – rund 100 Mio. Mark – in 10-Mark-Scheinen, dann ergäbe dies aneinandergelegt eine Strecke von 1300 km! 180 statt der bisher geplanten 140 Exemplare des Jäger 90-Nachfolgers will der Verteidigungsminister für die Bundeswehr anschaffen.



Copyright: King Features Syndicate/Distr. Bulls



John Lennons Fans hatten Pech: Ihre Petition wurde abgelehnt.



DD9033301Z5

Von Werner Schulz

Zum Beispiel Köln, eine Stadt mit rund einer Million Einwohnern: 91 000 Rettungsdienst-Einsätze pro Jahr; 1400 PatientInnen tot bei Ankunft des Rettungswagens oder tot während des Einsatzes; 460 Mal „Person hinter verschlossener Tür“; 1365 Zwangseinweisungen in die Psychiatrie; 120 Selbstmorde; 175 schwere Unfälle... Mit 80 multipliziert ergeben diese Zahlen in etwa einen Eindruck für die gesamte Republik. Hinzu kommt noch die Statistik der Kripo: 2385 Mal Mord und Totschlag gibt es pro Jahr allein in den alten Ländern.

Solche Zahlenbeispiele machen zum einen deutlich, wie eng Tod und Leid zu unserem Alltag gehören, sie lassen zum anderen auch erahnen, welche Last tagtäglich für jene anfällt, die sich beruflich um die Not anderer Menschen kümmern. Das Schicksal der Betroffenen ist die eine Seite, das Nervenkostüm der HelferInnen die andere. Auch wenn die Opfer und die Leidtragenden im Zentrum der Aufmerksamkeit bleiben, so erlauben sich doch in jüngerer Zeit die „Retter und Helfer“ wenigstens ab und an auch nach ihrer eigenen „inneren Not“ zu fragen. (1) Fest steht: Was Menschen in diesen Berufen alltäglich wegzustekken haben, ist mit Geld nicht auszugleichen. Das gilt nicht nur für die klassischen Helferberufe, sondern auch für viele Bereiche der Polizei.

Wo immer Menschen eines „nicht natürlichen Todes“ sterben, da müssen zum Beispiel auch die Frauen und Männer von der Spurensicherung hin: In das Schlafzimmer, wo der Familienvater erst Frau und Kind und dann sich selbst erschoss, an den Bahnsteig, wo auf 50 blutverschmierten Metern ein Mensch aus eigenem Willen starb, an den Parkplatz im Wald, wo man die Leiche eines Mädchens fand. Details über diese Arbeit will man lieber gar nicht wissen. Kriminalhauptmeister Jürgen Korell von der Spurensicherung in Wiesbaden ist sich sicher, daß dieser Job auch bei den BeamtenInnen selbst seine bleibenden Spuren hinterläßt: „Es gibt keinen einzigen Kollegen, der nicht irgendein Erlebnis hätte, das ihn beschäftigt, das er mit sich rum-schleppt.“ Längst abgeschlossene Fälle sind für die BeamtenInnen oft noch nach Jahren nicht erledigt. Jürgen Korell zum Beispiel gehen seit Wochen die beiden Kinder nicht aus dem Sinn, die in ihrer Wohnung bei lebendigem Leibe verbrannten. Sie waren drei und vier Jahre alt. Als er an den Fundort der Buben kam, „da dampfte der Körper des älteren Jun-

gen noch“. Jede Hilfe kam zu spät. „Solche Bilder“, sagt der Polizist, „sitzen tief“. Darüber zu reden fällt den meisten Profis auch nach vielen Einsatzjahren schwer, sie behalten die Erlebnisse lieber für sich, versuchen zu verdrängen, zu vergessen. Über die ganz happigen Dinge redet man auch schon mal unter KollegInnen, aber bloß nicht zu Hause. „In der Familie, da geht das nicht“, so Jürgen Korell, „die Frauen können das ja irgendwann auch nicht mehr hören, denen stehen die Haare zu Berge.“ Und die Schwelle, sich mit Dingen, „die halt mal zum Job gehören“ an den Polizeiseelsorger oder -psychologen zu wenden, ist für die meisten Beamten ziemlich hoch. Letztlich also bleibt es jedem Polizeibeamten selbst überlassen, wie er mit „seinen Geschichten“ fertig wird.

Erste Hilfe für die Helfer

Einen Ausweg aus dieser „Lonesome-Rider“-Tour versucht derzeit die Polizei in Baden-Württemberg. Zusammen mit der Evang. Akademie Bad Boll arbeiten Fachleute und Betroffene an einem flächendeckenden psychologischen Betreuungskonzept für Polizei und Feuerwehr. Noch, so der ehemalige Polizeipfarrer Dierk Schäfer aus Bad Boll, „herrscht in diesen Berufen das Image vom harten Kerl vor, das es langsam aufzubrechen gilt“. PolizistInnen und Feuerwehrleute sollen erfahren, daß auch sie ihre Gefühle nicht ständig unterdrücken müssen, ihre Angst, Trauer und Verzweiflung auch mal zeigen dürfen.

Den Ausschlag für die süddeutsche Initiative gaben die Erfahrungen nach dem schweren Busunglück von Donaueschingen am 6.9.1992. Bei dem Unfall kamen 19 Menschen unter grausamen Umständen zu Tode. 93 Feuerwehrleute, 23 Ärzte, 101 SanitäterInnen und 74 Polizeibeamte waren zur Bergung und Ver-

sorgung der Unfallopfer im Einsatz. Bei vielen der beteiligten HelferInnen, das ergab eine nachträglich durchgeführte wissenschaftliche Untersuchung, „waren die negativen Eindrücke derart massiv, daß Tage/Wochen noch anhaltende Auswirkungen zu beobachten... und Beratung sowie eine kurze Betreuung notwendig“ waren. Solche „anhaltenden Auswirkungen“ nennen die Fachleute „posttraumatisches Streßsyndrom“: Das reicht von Schlafstörungen bis hin zu Depressionen und anderen psychosomatischen Erkrankungen.

Zukünftig, so die Zielvorstellung von Pfarrer Dierk Schäfer, sollen die beteiligten Helfer nach ähnlichen Einsätzen in einem ersten Pflichtgespräch auf die möglichen posttraumatischen Folgen hingewiesen werden und das Angebot der weiteren Betreuung durch Fachleute erhalten. Bis dahin allerdings ist es – trotz breiter Unterstützung für das Projekt, bis hin zum Innenminister – noch ein weiter Weg, denn noch immer trauen die Beamten am ehesten ihren eigenen Verarbeitungsmethoden.

Ein Weg, den zum Beispiel Jürgen Korell für sich gefunden hat, ist sein Engagement bei der „Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten und Polizistinnen e. V.“. „Unbequem“, heißt die Zeitschrift des Verbandes, die unter seiner Redaktion erscheint und unbequem sind auch viele Beiträge, die die kritischen PolizistInnen etwa gegen rechte Tendenzen bei der Polizei oder über deutsche Polizeihilfe für Militärregime veröffentlichen. (2) Und nicht erst seit heute fordern die kritischen PolizistInnen für die Polizei, was in einigen sozialen Berufen längst zum Standard gehört. Jürgen Korell: „Nicht nur, um Erlebtes besser zu verarbeiten, auch um eigenes Verhalten kritisch zu reflektieren, bräuchten wir unbedingt Supervision“.

Zauberformel: Supervision?

Supervision, ein Begriff, der inzwischen in aller Munde ist und oft nach Zauberformel klingt. Was steckt dahinter? Supervision heißt erstmal soviel wie „Kontrolle, Überwachung“. Gemeint ist in

Die Not der

Kranken- und Altenpflege, Rettungsdienste, Feuerwehr, Polizei... Berufe, bei denen Leid, Elend und Not zum Alltag gehören.

*Wie halten die Menschen solche Jobs aus?
Wohin (ver-)stecken sie die seelischen Belastungen?
Wer hilft eigentlich den Helfern?*



Foto: argus

Helfer

den helfenden Berufen das Gespräch zu zweit oder in einer Gruppe – meist mit einer dritten, neutralen Person von außerhalb – über alle Aspekte der Arbeit mit den (alten, kranken, behinderten, sterbenden...) Menschen. In der Sozialarbeit hat sich aus dieser professionellen „Hilfe für Helfer“ längst ein eigener Berufszweig entwickelt, sogenannte SupervisorInnen bieten ErzieherInnen, Sozialpädagogen oder auch LehrerInnen ihre Dienste an.

Während sich bei der normalen Arbeit alles um Patienten und Klienten dreht, soll sich wenigstens in den Supervisionsstunden einmal alles um die HelferInnen drehen, ihre Probleme, Ängste, Schwächen und Stärken. „Die ganze Palette der Gefühle ist erlaubt“, so die Supervisorin für Pflegeberufe, Heidemarie Brands aus Hannover, „denn Pflegerinnen und Pfleger sind keine Roboter oder Marionetten, sondern Menschen. Und es wäre gesünder für sie, wenn sie nicht nur ihr Lachen zeigen dürften, sondern auch einen Raum hätten, ihre Trauer und ihren Schmerz zuzulassen.“

Noch, so Heidemarie Brands, ist Supervision in der Krankenpflege die seltene Ausnahme. „Es hat sich aus der Tradition des Helfens und Pflegens eine Kultur herausgebildet, die besagt, daß die Arbeit seelisch nicht belastet“. Nach wie vor haftet dem Beruf der Krankenpflege viel von seinem Ursprung, dem „caritativen Liebesdienst um Gotteslohn“ an, der sich, wie es in einem Handbuch für Krankenpflege von 1917 heißt, durch „Selbstlosigkeit, Pflichttreue, Folgsamkeit... Verschwiegenheit und eigene volle Gesundheit und Rüstigkeit“ auszeichnet. Der wissenschaftlich technische Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte in der Medizin ist zweifellos enorm, aber konnte der „Faktor Mensch“ in den Kliniken und Pflegeheimen dieses Tempo tatsächlich mithalten? Hat neue Technik in der Pflege nicht auch ganz neue ethische Herausforderungen und Probleme gebracht? Die Hamburger Psychologin Ute Hensel jedenfalls weiß aus Gesprächen mit Ärzten und Pflegepersonal zu berichten, „daß vieles von dem, was heute medizinischer Alltag ist, den Betroffenen große Schwierigkeiten bereitet. Ganz deutlich kristallisiert sich dies am Beispiel der Transplantationsmedizin heraus“. Wann ist der Mensch tot? – Diese Frage etwa stellt sich Pflegerinnen und Pflegern auf Intensivstationen nicht philosophisch, sondern ganz konkret und körperlich, acht Stunden am Tag. Aber auch darüber spricht man in den Klinikbetrieben (noch) viel zu selten.

Was den Nachwuchs – auch PraktikantInnen und Zivis - anbetrifft, so setzen Lehrkräfte und Pflegedienstleitungen große Hoffnungen in das sog. „Mento-

renmodell“, das in vielen Häusern schon funktioniert und gut ausgebaut ist: Jeweils ein „Neuling“ – Schülerin, Zivi etc. – wird einer erfahrenen Pflegekraft zugeordnet und von ihr in einer Art Tandemsystem fachlich und – im Idealfall – auch psychisch betreut. An ihre Mentorin, die für diese Aufgabe speziell weitergebildet wird, kann sich Schülerin XY mit allen Fragen wenden, auch wenn es an das berühmte „Eingemachte“ geht.

Speziell für ZDL stehen als Gesprächspartner außerhalb der Dienststelle auch die Mitarbeiter der Zivildienstseelsorge zur Verfügung (Adressen siehe Seite 29).

Je mehr Hilfestellungen, Gesprächsangebote und Freiräume bestehen, je geringer sind Fluktuation und Krankenstand der MitarbeiterInnen, das zeigt die Erfahrung und das zeigen Erfahrungen. Der größte Nachholbedarf besteht laut Umfragen in der Altenpflege: Jede(r) vierte Altenpfleger(in) gibt den Beruf schon im ersten Berufsjahr wieder auf. Gerade auf „Krisenbewältigung“, so klagen 82 % der AltenpflegeschülerInnen, werden sie gänzlich unzureichend vorbereitet.

Und natürlich macht die Arbeit unter besseren Bedingungen einfach mehr Spaß. Letzteres bestätigen – erstaunlicherweise? – die Mitarbeiter auf der Krebsstation der Tübinger Uni-Kinderklinik.

Von der Kunst, den Kollegen auf den Wecker zu gehen

Station H der Kinderklinik hat 13 Pflegeplätze für Kinder vom Säuglingsalter bis 17 oder 18. Alle Kinder und Jugendlichen leiden an bösartigen Erkrankungen, Krebs, Tumore, oft Leukämie. Philipp arbeitet dort als ZDL seit dem 1.1. Ganz am Anfang, sagt er heute, da hatte er den ganzen Tag über „so ein Krabbeln im Bauch“, war irgendwie unruhig. Schließlich war es das erste Mal, daß er leukämiekranken Kindern begegnete, konfrontiert wurde mit ihren Veränderungen am Körper, zum Beispiel mit dem Haar ausfall. Philipp konnte schlecht schlafen in den ersten Tagen, zwei bis drei Stunden, mehr war nicht drin. Plötzlich hatte er Angst vor Krebs, dachte oft darüber nach, wie das wohl ist, wenn man selber so was hat. Inzwischen geht es dem Zivi wieder besser. Er konnte in seiner Freizeit mit einem guten Freund über alles reden und auch mit der Stationsleiterin, Schwester Regina, hat er oft gesprochen. Inzwischen weiß er auch, daß es anderen, zum Beispiel der Schwesternschülerin Petra, am Anfang nicht viel besser geht: „Ich hatte in den ersten Tagen mehr als Angst“, gibt Petra zu, „ich

dachte, das wird alles viel zu schwer für mich“.

Die erfahrenen Schwestern und Stationsleiterin Schwester Regina wissen, nicht zuletzt aus eigener Erfahrung, daß der Anfang bei der Arbeit mit Kindern, die derart bösartige Krankheiten haben, ganz besonders schwer und seelisch belastend ist. Sie behalten die Neulinge deshalb immer gut im Auge. Schwester Iris:



Foto: argus

„Noch Wochen später anhaltende Auswirkungen zu beobachten“ – Der Streß bei Notfalleinsätzen kann krank machen.



Foto: dpa



Foto: argus

„Wir passen schon auf den Philipp auf, schauen, wie es ihm geht, fragen nach.“ Und wenn es jemand überhaupt nicht packt, ob als Zivi oder Schülerin, dann bleibt immer die Möglichkeit, auf andere Stationen zu wechseln. Niemand würde einen solchen Schritt als Schwäche sehen. Aber es will niemand weg von Station H, auch ZDL Philipp nicht. Ihm gefällt die „gute Atmosphäre“, ihm gefällt →

Chemie und Umwelt: Berufe mit Verantwortung für unsere Zukunft, Berufe mit Zukunft

**Chemisch-techn. Assistent (CTA),
Umwelttechn. Assistent (UTA) und
CTA mit Schwerpunkt Umwelt**

Ausbildung in 2 Jahren mit internat. Abschluß und Europ. Weiterbildungspaß. Gleichzeitig Erwerb der Fachhochschulreife (FHR) und Teilnahme am "Internat. Award for Young People" möglich. Freiwillige Arbeitsgemeinschaften und Förderkurse. Eigenes Wohnheim und Mensa. Besichtigung der Schule jederzeit ohne Voranmeldung möglich. BORS, BOGY, Experimentiersamstage für Schüler, Berufsinformationstage. Großzügige Studienhilfen: Stipendien, Freiplätze und zinslose Darlehen (BAföG sowieso). Bei guter Leistung Ausbildung kostenlos. Beginn: nach den Sommerferien.



Chem. Institut Dr. Flad

UNESCO-Projektschule

Staatl. anerk. Berufskolleg für Chemie und Umwelt
mit Schwerpunkt naturwissenschaftl. Ökologie
Breitscheidstr. 127, 70176 Stuttgart

Tel.: (0711) 63 74 60, Fax: (0711) 63 74 618, E-Mail: dr.flad@gaia.de
CHF-Infos im Internet:
<http://www.uni-stuttgart.de/External/chf/chf-home.html>

Ein Beruf in Kirche und Diakonie

Diakon/Diakonin ist die Amts- und Berufsbezeichnung für Männer und Frauen, die ihre Tätigkeit vom Auftrag Jesu Christi herleiten und seine Liebe in der Hinwendung zu Menschen und Menschengruppen in sozialer, leiblicher und seelischer Not bezeugen wollen.

Ausbildung zum/zur Diakon/in

Die Diakonenausbildung verbindet eine soziale mit einer diakonisch-theologischen Ausbildung.

Nähere Infos:

Telefon 05 21 / 144-41 31

v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel
Westfälische Diakonienanstalt Nazareth
Diakonenschule

Nazarethweg 5-7 · 33617 Bielefeld

Bethel

seine Arbeit, auch wenn ihm der Tod eines kürzlich gestorbenen Kindes noch ziemlich in den Knochen steckt.

Daß man gepackt wird von Gefühlen, daß man sich berühren lässt und sensibel

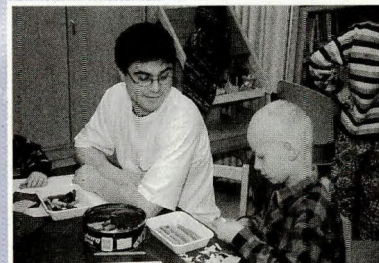
bleibt, „das ist wichtig und absolut nicht 'unprofessionell', sagt der Pädagoge Johannes Rau vom psychosozialen Dienst der Kinderklinik. „Wenn ich merke, daß mir alles zur Routine wird, dann höre ich auf mit dieser Arbeit“. Allerdings, so schränkt er ein: „Man kann sich nicht in jeden Fall voll reinhängen. Wer als Helfer das gleiche durchmacht wie die Betroffenen, der kann wohl kaum jemandem helfen“. Deshalb ist für ihn die Rückmeldung der KollegInnen im Team und regelmäßige



Supervision unerlässlich für diesen Dienst, genauso wie andere private Interessen. „Es ist wichtig, daß man nicht sein ganzes Leben um den Krebs von Kindern herum organisiert. Es gibt auch noch andere Probleme, und die sind genau so wichtig.“

„Am Anfang so ein Kribbeln im Bauch“ –
ZDL Philipp bei der Arbeit in der Kinderklinik

Und es gibt schöne Dinge, auch auf Station H. Schwester Regina: „Die Kinder wollen leben und wollen Spaß haben. Bei uns wird sehr viel gelacht und Blödsinn gemacht. Das heißt: Wir kriegen auch etwas von den Kindern in unserer Arbeit und ich halte es für legitim, daß man das auch annimmt.“ Auch damit haben Neulinge oft ihre Schwierigkeiten. In erster Linie aber, so Johannes Rau, haben Berufsanfänger vor allem mit einem Problem zu kämpfen: „Ich glaube, die Hauptanstrengung für Neue besteht darin, den Mut zu haben und den Schritt zu wagen, andere Leute anzusprechen und um Unterstützung und Begleitung zu bitten. Denn egal wo, im Altenheim, im Krankenhaus, im Behindertenheim... es ist eigentlich nie Zeit. Jeder ist überlastet. Und in dieser Situation jetzt auch noch etwas zu wollen, anderen auf den Wecker zu gehen, das ist ganz schwierig. Aber wer das schafft, der hat schon die halbe Miete.“



Fotos: zivil/W. Schulz

1) „Die innere Not der Retter und Helfer bei Katastrophen“, epd-Dokumentation Nr. 2/95; zu bestellen (9,- DM) bei GEP-Vertrieb, Postf. 500550, 60394 Frankfurt/M.

2) „Unbequem“, c/o Jürgen Korell, Wiesentalstr. 4, 65207 Wiesbaden

Name russ. Herrscher	eisern. hart	Zeichen f. rechter Winkel	Ital. Verbrecher Syndikat	zerkleinerte Körner	Abgaben an den Staat	Betreuung am Lebensende	südportug. Landschaft	
Armee Hitlers					⑥	chem. Symbol für Tantal		
Blauhelme in Ex-Jugosl.	Leidenschaft, Neigung	schweiz. Dramatiker, gest. 1910		feierl. Gedicht	Abscheu			
		⑨			chem. Symbol für Tellur	Segelruf		
griech. Göttin der Morgenröte	Gegengift		②			KFZ-Kz. von Bonn		
		Schuldiger				franz.: und		
schweiz. Kanton	Regierungspräsidium (Abk.)					Abk. für Broleinheit		
						Arbeitsgem. ev. Jugend (Abk.)		
ital. Fluß						lat.: Ich		
Flächenmaß	halb Rolli, halb Bike					griech. Kriegsgott	Vernunft, Verstand	
		Künstlerfarbe					Windrichtung (Abk.)	
		Gesucht: notwendige Tugend						
Kellner			Förmlichkeit	ital. Kneipe	ägypt. Göttin der Osiris	chem. Symbol f. Kalium	Zwischenspiel	3. Person
Ton, Laut		rechte Partei	Soldatengruppe 2 beim Bund			④		
	⑤			Spielkarte		Name von Päpsten		
Fachaufsicht und Beratung			⑫				⑦	Vorname einer russ. Fürstin
Heilbehandlung	europ. Hauptstadt		Faultier		Tip, Hinweis		jap. Brettspiel	⑪
		selten			sexuelle Empfindung		Teil des papstl. Segens	Abk. für d. engl. Plund
Stadt in Württemberg		freundl. Aufforderung						
		Randzone eines Sees	Teil einer Kuh		⑧		KFZ-Kz. von Augsburg	
militär. Zeremonie	Mutter Siegfrieds			Teil des Buches (Mz.)	sehr schnell	Zahlwort	engl.: Kegel, Zapfen	Symbol für Wasserstoff
①								
Hindernis					chem. Symbol für Aluminium		Zeitmesser	Baumaterial
Papagei	engl. Bier	Nacktfoto	Krankheitsvorsorge					
		⑩	Gewichtseinheit (Abk.)	franz. Artikel	mm Trend	germ. Göttin der Toten		
Vernichtete Arbeitsplätze in der 3. Welt							KFZ-Kz. von Österreich	
KFZ-Kz. von Dessau		Symbole des Schwarzwaldes					Versus (Abk.)	③

Die Lösung des wub-Preisrätsels 4/95 lautete: „Atomteststopp“

Die Gewinner der ersten fünf Preise sind:

- Jörg Sauer, Hildesheim
- Olaf Caesar, Hannover
- Thomas Sacher, Westerhever-Sand
- Michael Albers, Stade
- Andreas Bussen-Habbena, Wirdum

Alle Gewinner werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen! Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir für's Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungswort in den Abschnitt eintragen, auf eine Postkarte kleben und unter lesbarer Absenderangabe senden an:

zivil-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart

Einsendeschluß ist der 10.04.96 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) diesmal folgende Preise verlost:

1. Preis: Buchpaket nach Wahl im Wert von 100,- DM
2. Preis: ... im Wert von 50,- DM
- 3.-5. Preis: Je ein Roman von Rafik Schami „Eine Hand voller Sterne“ (siehe auch Seite 24)
- 4.-10. Preis: Je ein zivil-Freiabo für ein Jahr



Das Lösungswort lautet:

1	2	3	4	5	-	
6	7	8	9	10	11	12

Betr. zivil:
Anregungen, Kritik, Lob ... _____

Wie die Bundeswehr attraktiv werden will

Von Ulrich Finckh

Im neuen Jahr wird alles anders. Die lieben Wehrpflichtigen drängeln in die Truppe, weil nach zehn Monaten alles wieder vorbei ist. Die zwölfmonatige Verfügungsbereitschaft stand sowieso immer nur auf dem Papier und wird auf zwei Monate verkürzt. Die Wehrübungen gibt es nur noch im Einvernehmen. Wer nicht will, muß nicht mehr. Die bösen Wehrpflichtigen aber, also diejenigen, die niemanden totschießen wollen und den Kriegsdienst verweigern, die müssen 30 Prozent länger, also 13 Monate dienen als Ausgleich für Verfügungsbereitschaft und Wehrübungen.



Diese gibt es zwar praktisch nicht, aber wer in der Schule aufgepaßt hat, weiß: Auch eine leere Menge ist eine Menge. Also muß Ausgleich sein. Schließlich ist das bei der täglichen Dienstzeit auch so. In der Kaserne steht alles auf dem Dienstplan: Waschen, Anziehen, Frühstück, Stubenreinigen, Mittagessen – also ist es Dienst, zwar eine arbeitsleere Menge, aber eine Menge. Zivis stehen natürlich auch früh auf, frühstücken, kommen gewaschen und angezogen zum Dienst, aber bei ihnen steht nur die Arbeit im Tarifvertrag, nach der ihr Dienst gezahlt wird. Deshalb ist klar: Soldaten haben eine große (leere) Menge mehr Dienst, müssen dafür früher entlassen werden.



Weil die lieben Wehrpflichtigen zwar ein Bett in der Kaserne, aber Ausgang bis zum Wecken haben, müssen sie über Nacht heimfahren können. Dafür reicht der Sold nicht. Wie macht man dann die Bundeswehr attraktiv? Ganz einfach: mit einer Entfernungspauschale. Sind es 50 oder mehr Kilometer kürzester Verkehrsweg zwischen Heimatort und Kaserne, gibt es täglich DM 3,- Zulage, sind es 100 oder mehr Kilometer, gibt es sogar DM 6,- jeden Tag. Zivis kriegen diese Zulage auch, aber nur, wenn ihre Dienstwohnung soweit von daheim entfernt ist. Wer bei der Dienststelle keine Wohnung hat, der muß ja sowieso immer heimfahren, der



Alle Fotos entstanden 1995 bei der 100-Jahrfeier des Truppenübungsplatzes in Hamburg.

braucht keine Entfernungszulage, dem muß die kostenlose Heimfahrt reichen.

Überhaupt das Geld. Soldat kommt (wie Söldner) bekanntlich von Sold. Mit Speck fängt man Mäuse und mit Sold Soldaten. Also muß man mehr zahlen, weil die Soldaten sonst wegbleiben.

1. Versuch: Schnellere Beförderung, nach drei Monaten Gefreiter (Soldgruppe 2), nach sechs Monaten Obergefreiter (Soldgruppe 3). Pech gehabt! Die Juristinnen stellten fest, daß das dann auch die Zivis kriegen müssen, weil es beim Geld jeder sofort merkt, daß ein leeres Portemonnaie keine vergleichbare Menge enthält wie eines, in dem noch Geld ist.

Also **2. Versuch:** Das Weihnachtsgeld wird zur besonderen Zuwendung, die auch der bekommt, der an Weihnachten gar nicht Soldat ist. Sonst hätten es zwar alle Zivis (manche gar zweimal), aber nicht alle Soldaten bekommen. Diese Zuwendung und das Entlassungsgeld gibt es jetzt pauschal – bei Soldaten für zehn, bei Zivis für 13 Monate – in gleicher Höhe. Denn die Menge ist mehr als die Summe ihrer Elemente, und eine leere Menge (z.B. fehlende Monate) sind schließlich auch Monate ... Auf diese Weise bekommen Soldaten pro Monat natürlich mehr als Zivis, aber das merkt man nicht so schnell.

Soldaten, die nur zehn Monate „dienen“ sind militärisch nicht viel wert. Wie hält man sie länger? Äh ... Rappel ... Denk ... – Soldat – Sold natürlich:

3. Versuch! Wenn der Sold nicht reicht, kann man Prämien drauflegen, zur Zeit DM 1200,- pro Zusatzmonat für den, der länger, aber insgesamt mindestens zwölf Monate dient. Besondere Zuwendung und Entlassungsgeld werden auch mehr, so hat z.B. der liebe Wehrpflichtige, der 13 Monate in die Kaserne geht, DM 4200,- mehr als der Zivi, der 13 Monate behinderten Menschen assistiert, alte Menschen pflegt, Verletzte von der Straße holt oder als Helfer zwi-

schen verwirrten Menschen in der Psychiatrie arbeitet. Die Egoisten, die sinnvolle Arbeit suchen, erhalten weniger, weil sie so böse sind, das Kriegshandwerk als Unrecht zu bezeichnen. Der Verteidigungsminister nannte sie „friedlose Störer“, weil sie schreien, wenn der Bundeswehr befohlen wird „Heeellm-ab-zuuum-Gebeet!“ . Dabei ist der Choral, der für den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler gespielt wird, doch sooo schön schnulzig und hat so einen tollen Text (siehe Kasten).

Frägt sich nur: Wo ist der Wurm drin? Oder wer ist es? Bei Fackelschein sieht man das so schlecht ... Und noch eine Frage: Darf der Staat, der Kruzifixe nicht aufzwingen darf, das Beten befehlen? Oder ist sichergestellt, daß nur christliche Freiwillige solche Streiche verzapfen?

Die Bundeswehr soll attraktiver werden – wir sind schon fast begeistert. Nur: War da nicht noch was? Ach ja – die schießen und werfen Bomben. Das Geld für die Rüstung müßte man eigentlich noch drauflegen bei den Kosten der Soldaten. Und

die Renten für die Witwen und Waisen. Und die Wiederaufbauhilfen für den Schaden militärischer Einsätze. Bisher haben nur deutsche Waffen geschossen, bald dürfen es – attraktiv – auch deutsche Soldaten. Dafür gibt es dann übrigens eventuell noch die hohen Auslandsprämien, denn wer länger dienen und mehr verdienen will, muß auch zu Auslandseinsätzen bereit sein.

*„Ich bete an die Macht der Liebe,
die sich in Christo offenbart;
ich geb mich hin dem stillen Triebe,
damit ich Wurm geliebet ward.
Ich will, anstatt an mich zu denken,
ins Meer der Liebe mich versenken.“*



Fotos: Bert Bostelmann/argum

Von ZDL Dominik Nagl

Als die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung im baden-württembergischen Landtag gezeigt werden sollte, entbrannte ein heftiger Streit. Schließlich wurde das Vorhaben von SPD und Grünen, die Ausstellung im Parlament zu zeigen, mit den Stimmen von CDU, FDP und Republikanern abgelehnt,

bien auch für die Ausgrenzung, Entrechtung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung verantwortlich. „Wo der Partisan ist, ist der Jude, und wo der Jude ist, ist der Partisan“, impfte man den Soldaten auf Lehrgängen

„Wir räumen auf mit der Bande...“

da sie ein „zu einseitiges Bild der Wehrmacht“ vermittele. Dieses Vorkommnis wirft ein grelles Licht auf den heutigen Umgang mit der Geschichte von Hitlers Militär. In vielen Köpfen herrscht immer noch das Bild von einer untadligen Wehrmacht, die an den Greueln des Nationalsozialismus allenfalls indirekt beteiligt war. Diese Sichtweise ermöglichte nach dem 2. Weltkrieg den Aufbau der Bundeswehr durch frühere Wehrmachtangehörige und trug mit zur Wegbereitung für eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik bei. Dabei wurde verdrängt, wie tief die Wehrmacht in die Verbrechen des 3. Reiches bis hin zum Holocaust verstrickt war.

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ und eine gleichnamige Fallstudie als Begleitbuch zerstören diese Legende. Der Grund für das lebhafteste politische Interesse an diesem historischen Thema ist also der hier begangene gesellschaftliche Tabubruch. Anhand von drei Beispielen, dem Geiselnkrieg in Serbien, der 6. Armee auf dem Weg nach Stalingrad und der dreijährigen Besatzung Weißrußlands, dokumentiert die Ausstellung die Greuel der Wehrmacht. Es wird gezeigt wie „die Wehrmacht an allen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war“. Unter dem Deck-



mantel der Partisanenbekämpfung führte die Wehrmacht einen terroristischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung. So ermordeten Exekutionskommandos der Wehrmacht unter der Bezeichnung „Sühnemaßnahme“ serbische Zivilisten im Verhältnis 1:100 für jeden gefallenen deutschen Soldaten. Die Opfer waren zu-

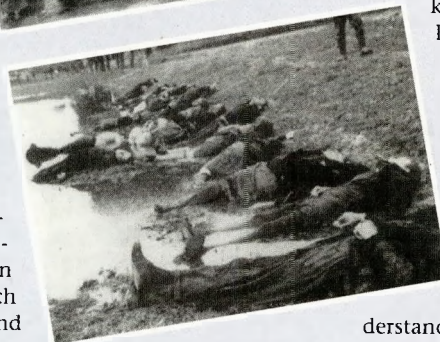
meist Juden. Die Wehrmacht war in Ser-

nem Teil des Denkens vieler Soldaten geworden war. Ein Kompaniechef in Weißrußland schrieb beispielsweise an seinen Bruder: „Wir sind jetzt fleißig auf der Jagd. Jeden Tag mußten mehrere jüdische Partisanen daran glauben. Da geht's immer wild her. [...] Wir räumen auf mit der Bande, das wäre was für Dich.“ Scheinbar ohne moralische Skru-

Eine Ausstellung zerstört die Legende von der „sauberen“ Wehrmacht

ein. Mit rationalen militärischen Überlegungen hatte dies nichts mehr zu tun. Ab Herbst 1941 führten Wehrmachtsskandinos ganz bewußt die Ermordung aller männlichen Juden und „Zigeuner“ in Serbien durch. Dies war nur möglich, weil sich innerhalb der Truppe kein Widerstand gegen den rassistischen Genozid regte. Im Gegenteil: Vielfach gab es Zustimmung zu dieser Vernichtungspolitik. So wurde beispielsweise ein aus dem Urlaub zurückkehrender Soldat von seinen Kameraden mit den Worten begrüßt: „Gehst mit Juden erschießen?“.

Besonders eindrucksvoll sind in diesem Zusammenhang die von den Historikern des Instituts für Sozialforschung in osteuropäischen Archiven entdeckten Feldpostbriefe, die einen authentischen Einblick in die damalige Mentalität der Truppe gewähren. In ihnen offenbart sich, wie sehr die NS-Ideologie zu ei-

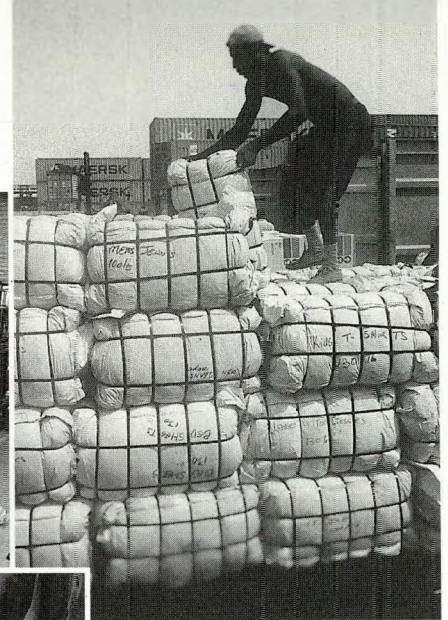


Die hier abgedruckten Fotos wurden deutschen Landsern von russischen Soldaten abgenommen. Sie sind im unten genannten Buch abgebildet.

pel und übereifrig ließen sich Wehrmachtsangehörige zu Massakern an Juden einsetzen. In Weißrußland beschwerte sich am 31. Juli 1941 der Leiter der Zivilverwaltung über die Wehrmacht: „Das rückwärtige Heeresgebiet hat, ohne Föhlung mit mir zu nehmen, 10000 Juden liquidiert, deren systematische Ausmerzung von uns sowieso vorgesehen war.“ In aller Regel verlief aber die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit zivilen Verwaltungsstellen, SS und anderen Organen bei der Judenvernichtung reibungslos. Der Leiter der Ausstellung, Hannes Heer, kommt in einem Beitrag des Begleitbuches zu dem Schluß: „Die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust erfolgte auf allen Ebenen der militärischen Befehlsgewalt... Fälle von Wi-

derstand oder Befehlsverweigerung hat es nicht gegeben.“ In der Fallstudie, die der Ausstellung zugrunde liegt, werden viele Themen, die in der Ausstellung selbst lediglich angeschnitten werden können, vertieft und um weitere Themenkreise ergänzt. Besonders wichtig scheinen die Beiträge, die sich kritisch mit der bisherigen Wehrmachtsgeschichtsforschung auseinandersetzen. Sehr interessant sind aber auch die zahlreichen, von Soldaten bei Exekutionen privat gemachten, „Erinnerungsphotos“, die die Bestialität der Landser bildlich festgehalten haben. Für jeden, der sich für die Geschichte der Wehrmacht interessiert, ist deshalb die Lektüre des von Hannes Heer und Franz Naumann herausgegebenen Buches „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ eigentlich ein Muß. Negativ fällt lediglich der hohe, ziviunfreundliche Preis von 68,- DM auf. Hoffentlich findet sich ein Verlag, der eine Taschenbuchausgabe dieses wichtigen Buches herausgibt.

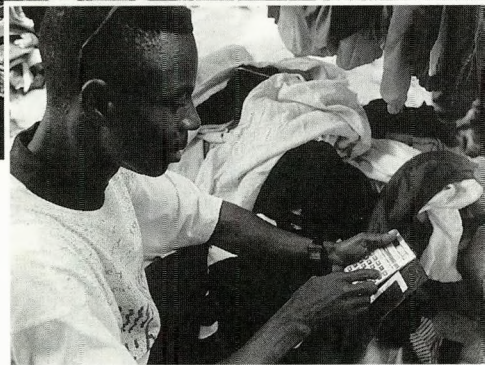
Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.): „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, Hamburger Edition, Hamburg 1994, 685 Seiten



Oben links: Europas größtes Sortierwerk in Holland. Dort werden insgesamt in fünf Sortierwerken pro Tag 250 000 Tonnen Kleider sortiert.

Oben: Altkleiderballen beim Ab-laden im Hafen von Tema/Ghana.

Unten: Das Geschäft mit den alten Klamotten blüht, die Nachteile sieht man erst auf den zweiten Blick.



Der Verkauf unserer Altkleider nach Übersee ist ein gutes, aber zweifelhaftes Geschäft

Neue Armut durch alte Klamotten

Nicht die Bedürftigen in Afrika brauchen die Altkleider, sondern die karitativen Organisationen in den Industrienationen! So jedenfalls lautet das provokante Resümee des Filmes „oburoni wawu – Die Kleider der toten Weißen“, der aufzeigt, wie wir unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit unseren Müll verkaufen und uns so die teuren Entsorgungsgebühren sparen. Politisch gesehen ist der Altkleiderhandel für alle Beteiligten ein Eigentor. „Weg mit dem Altkleiderhandel“ fordert daher auch die Internationale Textilgewerkschaft

Von Franziska Strobusch

Sammelaufufe der verschiedensten Organisationen überhäufen mittlerweile fast wöchentlich die Konsumenten: „Spenden Sie Altkleider für Menschen in bedürftigen Ländern!“ Kommerzielle und karitative Sammler stürzen sich in einen relativ neuen Markt, der gutes Geld bringt, denn: Die gespendeten Kleider werden gewinnbrin-

gend verkauft. Viele Karitative geben ihre Lizenz gegen eine Beteiligung an kommerzielle Sammler, wer es noch nicht tut, wird heftig umworben.

Müll „spenden“ für das gute Gewissen?

Was bei den zahlreichen Altkleidersammlungen in Plastiksäcken zusammengesammelt wird, landet in großen Sortierbetrieben im In- und Ausland. Dort werden die Textilien getrennt nach Topware für Second-Hand-Läden in Europa (ca. 4 %), noch tragbarer Kleidung (ca. 45 %), Recyclingware oder Müll. Gewinne bringen die noch tragfähigen Kleider, sie werden nach Osteuropa, Südamerika und Afrika verkauft. Das Geschäft boomt, die Branche schätzt ihren Jahresumsatz auf 350 Mio. DM. Über diese Vermarktung ihrer Sachspenden sind nun viele VerbraucherInnen entsetzt, denn nur sehr selten bekommen Bedürftige in Übersee diese Kleidung kostenfrei. Die Ware wird verkauft und welcher Bedürftige kann sich das leisten?

Aber das Entsetzen über das Geschäft mit den Altkleidern ist unsinnig. In erster Linie wollen doch alle ihren Textilmüll loswerden, niemand gibt Kleidung weg,

die man selbst noch tragen möchte. Altkleidersammlungen sind eine billige Entsorgung und wo gibt es heute noch einen solchen Service kostenlos?

Der Altkleiderhandel schafft Armut

Dennoch sind Altkleidersammlungen in der gängigen Form ein Skandal, wirtschaftlich und entwicklungspolitisch betrachtet. In den meisten afrikanischen Ländern ist die Textilindustrie schwer angeschlagen, die Konfektions- und Schuhindustrie so gut wie zerstört. Der Grund: Gegen die gespendeten Altkleider können die heimischen Industrien nicht konkurrieren. In den letzten drei Jahren haben über 90 000 ArbeiterInnen ihren Job verloren. Unbekannt sind die Folgen für die SchneiderInnen und Baumwollfarmer. Dafür blüht das schnelle und anonyme Geschäft mit den Altkleiderballen. Die Gewinner des Geschäfts sitzen in den Industrieländern, denn das Geschäft zieht nur Devisen aus den afrikanischen Ländern, investiert aber nicht in deren Wirtschaft. Die Folge: massive Arbeitsplatzverluste in den oft einzigen verarbeitenden Industrien, damit sinkende Kaufkraft und weitere Verelendung dieser Entwicklungsländer. Und gerade

die Textil- und Bekleidungsindustrie war die wirtschaftliche Zukunft Afrikas.

Zur Zeit suchen viele afrikanische Firmen eine Zukunft im Export nach Europa und Amerika. Ohne einen stabilen nationalen Markt bringt das wieder eine fatale Abhängigkeit, und am Ende wird es neue Mode nur für Europa geben – und nur noch Altkleider für Afrika.

Karitative Spiegelfechtereien

Die zweifelhafte Erfolgsstory lautet: Afrika finanziert mit dem Kauf der Altkleider die sozialen Dienste der Industrienationen in Millionenhöhe! Mit den Erlösen werden in Europa und Amerika Alte und Kranke gepflegt, Tiere geschützt, Behinderte gefördert usw. Die Wohlfahrtsorganisationen sind in der Klemme. Je mehr staatliche Mittel gekürzt werden, um so stärker suchen diese Vereine und Verbände nach anderen Geldquellen. Eine Quelle haben sie gefunden im Altkleiderhandel. Anstatt lautstark gegen die staatlichen Mittelstreichungen zu protestieren, wehren sich jetzt die Wohlfahrtsorganisationen heftig gegen die Kritik am Kleiderhandel. Mit dem Kleiderhandel aber schaffen sie neue Armut in den Ländern des Südens, die sie dann mit aufwendigen Hilfsmaßnahmen bekämpfen können. So schaffen sich die Hilfsorganisationen ihr eigenes Klientel.

Die Spendenaufrufe für Afrika zementieren in den Köpfen der europäischen BürgerInnen das Bild der ewig bedürftigen Afrikaner, die scheinbar nichts auf die Beine bringen. Bilder eines industrialisierten, modernen Afrikas gibt es nicht. Umgekehrt demonstrieren wir mit den Altkleiderexporten den Menschen in den armen Ländern das Bild der reichen Überflußgesellschaften. Schlußendlich schaden wir uns selbst: Mit der Zerstörung der Arbeitsplätze in den armen Ländern steigt die Fluchtbewegung in den Norden und unsere Exportmärkte schwinden rasant. Direktes Beispiel: Mit dem Ruin der afrikanischen und lateinamerikanischen Textil- und Bekleidungsindustrien verschwinden die Absatzmärkte unseres Textilmaschinenbaus.

Sofortiger Stopp für Altkleider-Exporte!

Die Zeit ist knapp, wir brauchen dringend eine EU-Verordnung, die eine Vermarktung der Altkleider außerhalb Europas verbietet. Ein deutscher Alleingang wäre unsinnig, da der größte Teil der Waren schon heute über Holland, Belgien und Frankreich exportiert wird. Was aber dann tun mit den alten Klamotten?

Schnelle Lösungen gibt es nicht und jeder, der sie anbietet, sollte gründlich unter die Lupe genommen werden. Aber die Branche ist in Bewegung geraten: Die Rheinisch-Westfälische-Energieversorgung, RWE, drängt massiv auf den Markt und kauft Kleinbetriebe auf; der Mittelstand organisiert sich als 'Sekundär Textil Marketing' (STM) und plant Erfassungsnetzwerke, die offensichtlich das Duale System Deutschland, DSD, mit seinem grünen Punkt zum Vorbild haben; einige gemeinnützige Organisationen haben sich unter dem Siegel „Fairwertung“ zusammengeschlossen und wollen eine kontrollierte Vermarktung garantieren. Allen ist jedoch gemeinsam: Niemand verzichtet vollständig auf die Exportmärkte nach Übersee und Osteuropa. Die Recyclingindustrie existiert, ist aber noch nicht genügend ausgereift, um attraktive Märkte zu bieten. Vielleicht könnte die deutsche Textilindustrie hier für sich eine Perspektive aufbauen.

Die Branche, die das nötige Know-how hat, muß mittelfristig mit neuen Konzepten die Entsorgung dieses oft noch sehr wertvollen Mülls übernehmen.

Die Branche, die das nötige Know-how hat, muß mittelfristig mit neuen Konzepten die Entsorgung dieses oft noch sehr wertvollen Mülls übernehmen.

Zwischenlösungen?

Altkleider können wir nicht abschaffen. Das Beste, was jede/r zur Zeit tun kann: Phantasievoll eigene

Ideen produzieren und selbst öfter Second-Hand kaufen! Bei Neukäufen vielleicht weniger Teile, aber dafür hochwertigere und sortenreine Ware kaufen. Die Sachen halten länger, werden vielleicht eher zum Lieblingsstück und lassen sich später besser recyceln. Gut erhaltene Kleider könnte man im Freundeskreis tauschen oder in eine Kleiderkammer bringen (dort werden die Sachen kosten-

frei an Bedürftige vor Ort abgegeben). Den Kauf von Putzlappen und weichen Schuhbürsten kann man sich getrost sparen, wenn man die abgetragenen Klamotten hierfür verwendet. Ansonsten könnte man doch auch mal wieder die alte Kunst des Flickens und der Änderungsschneiderei wiederbeleben. Wegwerfkonsum ist überall verpönt – nur nicht bei Kleidung, noch nicht...

Franziska Strobusch, Filmemacherin und Autorin, lebt in Reutlingen.

Literatur-Tips:

SÜDWIND e.V. (Hrsg.):

Kleider machen Beute.

Deutsche Altkleider vernichten afrikanische Arbeitsplätze, Texte 5, Siegburg 1995.

Strobusch, F./Terpinc, B.:

Zum Beispiel Altkleider.

Lamuv Taschenbuch 182, Süd-Nord, Göttingen 1995.

Film-Tip:

oburoni wawu – Die Kleider der toten Weißen.

Ein Film von Franziska Strobusch und Boris Terpinc, Dokumentation, 55 Min., 1995.

Der Dokumentarfilm zeigt die Dimensionen des Altkleidergeschäfts, beschreibt den weltweiten Handel und die verheerenden Folgen für die Wirtschaft der afrikanischen Länder am Beispiel Ghanas. Verleih: 16mm über EZEF (Evangelisches Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit), Tel. 07 11/9 25 77 50; VHS über alle Landesfilmdienste und Bildstellen. Autorenveranstaltungen werden bezuschußt von der EBAG (Fahrkosten und Honorar) – nähere Informationen bei medusa-film Tel.: 071 21/290860 oder Fax: 071 21/24342



Fotos: medusa-film

Krank im Zivildienst

Von Reinhard Becker

2. Teil: Sonderfälle

Besondere Situationen erfordern bekanntlich besondere Maßnahmen. Das gibt es natürlich auch im ZD. Für die Erkrankung eines ZDL gibt es eine Unzahl von Regelungen und Vorschriften, um alle Eventualitäten in den Griff und den ZDL wieder an die Arbeit zu bringen. Allerdings ist es bis heute nicht gelungen vorzuschreiben, wie lange ein ZDL krank werden darf.

1. Längere Krankheit im ZD

Wie im zivilen Leben der Arzt die Dauer einer Erkrankung nach Art der Krankheit und der Behandlung bestimmt, so ist es auch im ZD. Andere Kriterien gibt es hier nicht. Nun kann es aber vorkommen, daß es bei längerer Krankheit eines ZDL der Dienststelle oder dem BAZ zu viel wird. Dann wird in der Regel eine Dienstfähigkeitsuntersuchung durch den Beauftragten Arzt (B-Arzt) vom BAZ angefordert (Ltf. G. 2.3). Gilt es doch Kosten für den Bund und Folgeschäden für den ZDL zu vermeiden. Das Ergebnis dieser Untersuchung kann dann die vorübergehende Dienstunfähigkeit des ZDL sein. Das bedeutet mit anderen Worten die Entlassung des ZDL aus dem ZD. Einer Entlassung aus diesem Grund muß der ZDL allerdings ausdrücklich zustimmen (§ 43.1.11 ZDG). Verweigert er diese Zustimmung, bleibt er weiter im ZD, ist vom Arzt arbeitsunfähig geschrieben und erhält alle Leistungen, die einem ZDL zustehen. Niemand muß wegen längerer Krankheit nachdienen. Er kann also in aller Ruhe abwägen, ob er in diesem Fall einer Entlassung zustimmen will oder nicht.

Dauert die Krankheit allerdings ohne absehbare Aussicht auf Heilung weiter, dann wird mit Sicherheit eine erneute Untersuchung auf Dienstfähigkeit erfolgen, bei der aller Voraussicht nach die Dienstunfähigkeit festgestellt wird – das heißt der Tauglichkeitsgrad wird abgeändert. Damit fällt die Grundlage des ZD-Verhältnisses weg und die Entlassung aus dem ZD wird unausweichlich. Diese Dienstfähigkeitsuntersuchung beim B-Arzt sollte gründlich erfolgen, da sie für eventuelle Versorgungsansprüche wichtig sein kann (Ltf. G. 12.5). Gegebenenfalls mit Hilfe des behandelnden Arztes auf fachärztlichen Zusatzuntersuchungen bestehen.

2. Krank über die Entlassung hinaus

Ist eine Krankenbehandlung am Ende der ZD-Zeit noch nicht abgeschlossen, dann tritt nach der Entlassung in der Regel die

frühere Krankenversicherung an die Stelle der ZD-Heilfürsorge, gleichgültig ob es die eigene Versicherung oder die Mitversicherung bei den Eltern war. Allerdings muß der Sachverhalt der früheren Versicherung sofort mitgeteilt werden. Sollte die Fortsetzung der Heilbehandlung auf diese Art nicht gegeben sein, dann stehen dem entlassenen und noch kranken ZDL Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz zu. Um in diesen Genuß zu kommen, muß er sich an das örtliche Versorgungsamt wenden.

3. Stationäre Behandlung

Zivildienststättliche Krankenhäuser gibt es noch nicht und sie sind auch im Zuge der Gesundheitsreform nicht geplant. Falls notwendig, wird der ZDL deshalb in ein ziviles Krankenhaus (Vertragskrankenhaus der gesetzlichen Krankenkassen, Ltf. G. 6) von dem behandelnden Arzt überwiesen oder im Notfall vom Aufnahmearzt einer Klinik. Verlangt die Klinik vom ZDL eine Kostenzusage der Krankenkasse, wird diese vom BAZ auf Antrag der Klinik erteilt. Der ZDL erhält dort „... unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Krankenanstalt alle medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Krankenhausleistungen...“ (Ltf. G. 6.6). Kurz gesagt: Eine Chefarztbehandlung ist da nicht drin.

Nun kann es vorkommen, daß ein ZDL sich am Entlassungstag noch in Krankenhausbehandlung befindet. Hier muß niemand in Panik geraten und befürchten, daß er ab diesem Tag die Kosten selber tragen müßte oder aus der Klinik entlassen würde. Denn in diesem Fall meldet sich der § 44 des ZDG (Ltf. B. 3.4) Er besagt, daß ein Dienstpflichtiger jetzt nicht verzweifeln muß, sondern ausnahmsweise ZDL bleiben darf, mit allen Leistungsansprüchen gegenüber dem BAZ (Sold, Heilfürsorge usw.), die ihm das ZDG zugesteht.

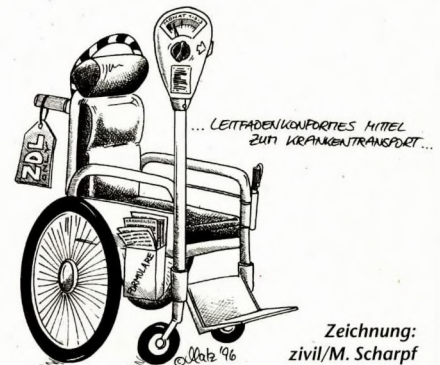
Dieser schöne Zustand endet mit dem Abschluß der Krankenhausbehandlung, spätestens jedoch drei Monate nach dem ursprünglichen Entlassungstermin. Hier findet sich der einzige Fall im ZD, bei dem der ZDL freiwillig länger dienen darf. Wenn er das auf keinen Fall möchte, weil er es z. B. im ZD nicht mehr aushält, dann kann er dem BAZ schriftlich

erklären, daß er mit dieser Verlängerung des ZD nicht einverstanden ist (§ 44.3.2 ZDG). Um nun als freier Bürger anschließend nicht auf den Krankenhauskosten sitzen zu bleiben, ist rechtzeitig Kontakt mit der früheren Krankenkasse angezeigt.

4. Krank im Urlaub

Hat ein ZDL eine der schönsten Zeiten im ZD, den Urlaub, vor sich, dann sollte der Glückliche das „Merkblatt für Zivildienstleistende über das Verhalten bei Erkrankung während des Urlaubs“ von der Dienststelle anfordern. Es gibt nicht nur Informationen über Verfahrensweise bei Krankheit im Inlandsurlaub, sondern auch beim Urlaub im Ausland. Daraus zwei wichtige Hinweise: Für den Inlandsurlaub muß die Dienststelle dem Zivildienstleistenden 1 Kranken- und 1 Zahnbehandlungsschein, 3 Rezeptklebmarken und 1 Dienstunfähigkeitsformular übergeben (Ltf. G. 9). Für den Auslandsurlaub empfiehlt es sich, in jedem Fall eine Zusatzversicherung abzuschließen. Im ZD gibt es keinen Auslandskrankenschein. Sämtliche Krankheitskosten muß der ZDL zunächst selbst vorlegen. Da er wie ein Selbstzahler behandelt wird, liegen die Kosten in der Regel höher als zu Hause. Vom BAZ erhält er aber auf Antrag nur die Kosten erstattet, die bei einer gleichen Behandlung im Inland entstanden wären. Für den Differenzbetrag tritt dann die Zusatzversicherung ein, die von Privat-Krankenversicherungen angeboten wird und die nicht viel kostet (für zwei Wochen z. Zt. ca. 15,- bis 20,- DM).

Teil 3 folgt in zivil 2/1996:
Wenn dem Zivi ein Unfall passiert.



TIPS

- Bei Urlaub ohne Geld- und Sachbezüge besteht kein Anspruch auf Heilfürsorge. Bleibt nur, sich für diesen Zeitraum selber zu versichern oder den Sonderurlaub abzubrechen, um wieder in den Genuß der Heilfürsorge zu kommen (Ltf. G. 9.B; E. 6.4).
- Für wiederholte Arztbesuche ist die Wiederbestellkarte empfehlenswert.
- Bei Impfungen ein Impfbuch ausstellen lassen und beim Röntgen einen Röntgenpaß. Beide beim B-Arzt erhältlich.
- Kosten für öffentlich empfohlene Schutzimpfungen übernimmt das BAZ, Kosten für andere Schutz- und Verhütungsmittel, wie z. B. Kondome, allerdings nicht.
- Die Gesundheitsreform hat bisher keine Veränderung in der Heilfürsorge der ZDL gebracht. Lehnt ein Arzt die ZD-Behandlung mit Hinweis auf die Gesundheitsreform ab, anderen Arzt aufsuchen.

zivil -Thema

INTERNATIONALES KONFLIKTMANAGEMENT



Lassen die Staaten der Welt die UNO im Regen stehen?

Foto: dpa

Management“, sagen die Fachleute aus Wirtschaft und Verwaltung, das sei im Grunde nichts anderes als „Menschenführung“. Das sei Leitung nicht im Sinne von Hierarchie, sondern von Lenkung und Animation. Ein gutes Management muß der Firma nicht die neuen Patente oder Kunden liefern, aber es führt die Mitarbeiter dahin, daß sie auf neue Produkte und Märkte kommen. Manager sind „Anstifter“. Warum nicht solche Erkenntnisse aus dem Wirtschaftsleben auf die Ebene der internationalen Politik übertragen? Konfliktmanagement hieße dann: „Menschenführung“ bei oder in Konflikten. Es ginge demnach nicht darum, die Konflikte abzuschaffen, sondern darum, sie anders zu lösen. Die Konflikte an sich sind nicht das Problem. Sie sind notwendig und unumgänglich, wo immer Veränderung und Neuerung ansteht. Das Problem, das es abzuschaffen gilt, ist die destruktive Antwort auf (drohende) Konflikte und erst recht ihre politisierte und gesteigerte Form: der Krieg. Konflikte müssen und können anders „gemanagt“ werden als durch

„kalten“ oder „heißen“ Krieg, durch Androhung oder Anwendung von Waffengewalt.

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges, im Juni 1945, schienen die Staaten der Welt von der Untauglichkeit kriegerischer Mittel überzeugt: Mit dem Ziel, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und dem Grundsatz, „internationale Streitigkeiten“ nur durch „friedliche Mittel beizulegen“ gründeten sie 1945 die Vereinten Nationen. Der historische Grundstein einer neuen Ära des Umgangs mit internationalen Streitigkeiten in einem neuen „Rathaus der Welt“ war gelegt. Seit 50 Jahren wird an diesem Rathaus gebaut, mal mehr, mal weniger intensiv, und manche Stützmauer wurde – gegen den Rat der Architekten – wieder eingerissen. Es geht langsam voran, aber es geht. Der jüngste fertiggestellte „Rohbau“ ist die sog. „agenda for peace“ des UNO-Generalsekretärs Butros-Ghali, die neue Anstrengungen für nichtmilitärische und gewaltfreie Formen der Konfliktbearbeitung fordert und sich teilweise fast wie eine Stellenausschreibung für internationale Kon-

fliktmanager liest (1). Allerdings: Noch sperren sich die Staaten gegen allzuviel Innovation in der Außenpolitik, halten erbittert an ihren alten Instrumenten, den gut genährten nationalen Armeen fest und lassen manche Initiative zur Bewährung der UNO im Regen stehen oder gänzlich verhungern (s. S.14/15). Bei weltweit 30 Mio. Soldaten hatte die UNO 1994 nur 73000 „Blauhelme“ zur Verfügung. Und gerade mal 40 Mitarbeiter können sich innerhalb der UNO der Gewaltprävention widmen. Allein die NATO-Staaten gaben 1993 für ihre militärische Rüstung die unvorstellbare Summe von 500 Milliarden DM aus – die zivile OSZE hat einen Jahresetat von 30 Mio. Mark.

In der Wirtschaft wissen die Manager, daß alle Pläne von Neuerungen und Innovation immer zuerst auf Widerstand stoßen. Diese Widerstände produktiv aufzulösen, ist des Managers Job, getreu der Devise: Das einzige, was bleibt, ist der Wandel. Letztere Erkenntnis der Politik und dem Militär beizubringen, dürfte die wohl schwierigste Aufgabe im internationalen Konfliktmanagement sein.

W. Sch.

Versager oder Hoffnungsträger?

Die Vereinten Nationen sollten weder Weltpolizist spielen, noch als Feigenblatt für Großmachtinteressen herhalten. Die komplizierten Konflikte der 90er Jahre machen es vielmehr erforderlich, daß die Weltorganisation eine vorausschauende und kooperative Friedenspolitik entwickelt. Aber dazu muß sie auch finanziell unterstützt werden: Die Mittel, die für Friedenssicherung heute aufgeboten werden, entsprechen gerade einmal fünf Prozent der Weltmilitärausgaben.

Von Tobias Debiel

Die Welt der 90er Jahre ist eine Welt des Umbruchs und gewaltvoller Auseinandersetzungen. Etwa 40 Kriege wurden 1995 geführt. In vielen Ländern gibt es Ansatzpunkte für eine Ethnisierung von Konflikten: Politische Eliten benutzen bei ihren Machtkämpfen die Zugehörigkeit zu bestimmten Volksgruppen, um Feindbilder aufzubauen. Ruanda und Burundi sind hierfür jüngste und besonders grausame Beispiele. Der Wegfall der „disziplinierenden“ Wirkung des Ost-West-Gegensatzes hat zudem oftmals eine Chaotisierung der „Bürgerkriegsgesellschaften“ bewirkt, so etwa in Somalia und Liberia. Konfliktvermittlung und humanitäre Hilfsleistungen werden dadurch immer schwieriger.

Die Vereinten Nationen scheinen vor diesem Hintergrund weitgehend machtlos. Somalia, Angola, Jugoslawien und zum Teil auch Kambodscha: Die Kriege und das unfaßbare menschliche Leid in diesen Ländern stehen im öffentlichen Bewußtsein vor allem für das Versagen der UNO. Insbesondere das einst gelobte Instrument der Konflikthegeung durch Blauhelm-Soldaten ist in eine Krise geraten. Der Völkermord in Ruanda im April/Mai 1994 hat dies drastisch offenbart: Die UNO-Soldaten wurden hier selbst zu Gejagten und deshalb aus dem ostafrikanischen Land zurückgezogen – statt den bedrohten Menschen (Tutsi und oppositionellen Hutu) Schutz zu bieten. Und da die Aufstellung einer effektiven Streitmacht zum Stop des Mordens am mangelnden Willen der

Mitgliedsstaaten scheiterte, gab man sogar am 22. Juni 1994 dem französischen Drängen nach, mit nationalen Truppen intervenieren zu können. Ein zweifelhafter Beschluß: Denn Frankreich hatte das für die Vorbereitung des Völkermords verantwortliche Habyarimana-Regime unterstützt und war keine geeignete Schutzmacht für die vom Völkermord bedrohten Menschen.

Blauhelme in der Krise

Warum aber ist das mitunter hochgelobte Konzept der Blauhelme in eine Krise geraten? Die Blauhelme wurden während des Kalten Krieges als ein „weiches“ Instrument militärischer Friedenssicherung konzipiert – nicht zuletzt, weil die Konkurrenz der Supermächte die Aufstellung von UNO-Kampftrouppen verhinderte. Ziel war es vor allem, Waffenstillstände zu überwachen, Pufferzonen zu bilden und durch eine Stabilisierung von Krisensituationen Voraussetzungen für friedliche Konfliktlösung (peace-making) zu schaffen. In zwischenstaatlichen Konflikten war dieser Ansatz auch vergleichsweise erfolgreich und durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an die UN-Blauhelme im Jahre 1988 gewürdigt.

Seit der Annäherung der Supermächte 1987/88 wurden mehr als zwei Dutzend neue Blauhelm- und Beobachtermissionen auf den Weg gebracht. Gleichzeitig sind aber viele anfängliche Erfolge auch äußerst gefährdet. Denn in Bürgerkriegsländern ist das auf Trennung der Konfliktparteien angelegte, traditionelle Blauhelm-Konzept nicht ohne weiteres anwendbar. Auch der Weg, die Blauhelme „robuster“ auszurüsten, führt in aller Regel in eine Sackgasse. Denn die UNO wäre überfordert, überall Weltpolizist spielen zu sollen. Die Erfahrungen in Somalia zeigen zudem, daß allein mit Waffengewalt kein Friede in innerstaatlichen Konflikten herbeigeführt werden kann.

Doppeltes Spiel mit der Weltorganisation

Das derzeit schlechte Image der UNO liegt aber auch daran, daß die mächtigen, ständig im Sicherheitsrat vertretenen Staaten (USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich, VR China) die Weltorganisation nur halbherzig unterstützen oder gar ein doppeltes Spiel mit ihr treiben. Dort wo sich die UNO-Mitgliedsstaaten zu entschiedenem Handeln nicht durchringen können, sollen Blauhelme einer sensibilisierten Öffentlichkeit Entschlossenheit demonstrieren. Zugleich verweigert man ihnen die angemessene Unterstützung und löst sie in einem Moment ab, da eine Krise ihren entscheidenden Punkt erreicht hat. Neben Ruanda ist Jugoslawien hierfür



Französische UN-Soldaten in Sarajewo.



„Wenn es brenzlich wird übernehmen Militärbündnisse das Ruder“: Nato- und Ifor-Soldaten ersetzen die Blauhelme in Sarajewo.

Fotos: dpa

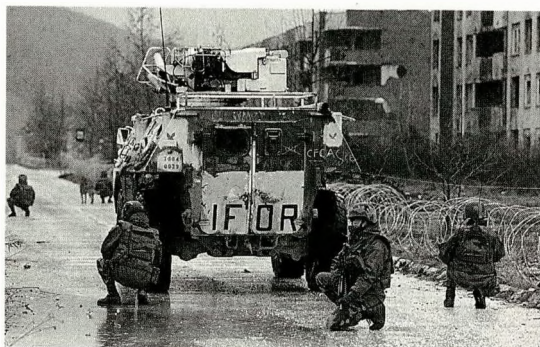
ein aufschlußreiches Beispiel: Der UNO-Sicherheitsrat beschloß am 4. Juni 1993 in Resolution 836, daß die UN-Truppen im ehem. Jugoslawien (UNPROFOR) sechs Schutzzonen für die etwa 1,2 Mio. bosnischen Moslems in Bosnien-Herzegowina überwachen und gegebenenfalls durch die NATO Luftunterstützung erhalten sollten. Gleichzeitig stockte man die Streitkräfte aber nur um 7500 Soldaten auf – während UNPROFOR den Bedarf für ein derartiges Konzept auf 38000 Soldaten schätzte. Die Eroberung der Schutzzonen Srebrenica und Zepa durch bosnische Serben im Juli 1995 stand dann für das völlige Versagen der UNO in Bosnien – obgleich sie gar nicht in die Lage versetzt worden war, das Schutzversprechen auch einzuhalten. Zudem gibt es Informationen, daß die USA Informationen über den Angriff auf die Schutzzonen hatten, diese aber nicht an die entsprechenden UNO-Stellen weiterleiteten.

Das Abkommen von Dayton, das am 21. November 1995 infolge der Shuttle-Diplomatie von US-Vermittler Richard Holbrooke und des NATO-Bombardements serbischer Stellungen in Bosnien herbeigeführt wurde, ist sicher der bislang hoffnungsvollste Weg zu einer Beendigung des Krieges im früheren Jugoslawien. Doch wurde der Weltorganisation zugleich eine bittere Pille verabreicht. Denn die Umsetzung der Vereinbarung wird durch eine hauptsächlich aus NATO-Truppen zusammengesetzte, multinationale Streitkraft überwacht: die sog. Implementation Force (IFOR). Auf die durchaus machbare Alternative, die UNO-Truppen entsprechend auszurüsten, verzichtete man hingegen. Damit wiederholt sich ein typisches Verlaufsmuster des Konfliktmanagements, das bereits in Somalia, Ruanda und Haiti angewandt wurde: Wenn es brenzlich wird, übernehmen Großmächte (so die USA, Frankreich) und Militärbündnisse (NATO), die oftmals unmittelbar für die Konfliktentstehung und -eskalation mitverantwortlich sind, das Ruder. Die weitaus besser legitimierte Weltorganisation aber läßt

man im Regen stehen, oder man stemmelt sie gar zum Schuldigen am vorherigen Mißerfolg ab.

Kooperative Friedenspolitik als Alternative

Die Krise der Vereinten Nationen ist vor diesem Hintergrund nur zu einem geringeren Teil selbstverschuldet. Die Weltorganisation erweist sich vielmehr immer dann als unfähig, ein effizientes Konfliktmanagement zu betreiben, wenn die Großmächte ihr die entsprechenden Mittel vorenthalten. Das Ziel ist dabei klar: Die Vereinten Nationen sollen auf die Rolle einer Koordinations- und Legitimationsinstanz beschränkt werden. Die Großmächte sind aber oftmals nicht in der Lage, Bürgerkriege dauerhaft beizulegen. Denn aufgrund



ihrer Macht- und Interessenpolitik verlieren sie die dauerhaften Friedensbedingungen aus dem Blick: sozial gerecht verteiltes Wirtschaftswachstum, die Beachtung von Menschenrechten und das Bemühen um gegenseitige Verständigung angesichts tief verwurzelter Feindbilder.

Was läßt sich also tun? Ein alternatives Konzept geht davon aus, daß die UNO finanziell und institutionell gestärkt werden muß. Die Mittel, die für Friedenssicherung aufgewendet werden (ca. 4 Mrd. US-\$), entsprechen gerade einmal 5% der Weltmilitärausgaben. Außerdem sollten sich die Vereinten Nationen in höherem Maße den dauerhaften Friedensbedingungen zuwenden. Das von allen eingeforderte, aber in der Praxis noch völlig unterentwickelte Mittel der Vorbeugung ist auch

bei der Weltorganisation noch unzureichend ausgebildet. Nach wie vor sind nur 40 bis 50 UNO-Mitarbeiter unmittelbar mit Konfliktfrüherkennung und -vorbeugung befaßt – angesichts von 70000 Blauhelmen eine verschwindend kleine Zahl. Nicht „peace-enforcement“ mit militärischer Gewalt, sondern ein umfassendes ziviles „peace-building“, das innerhalb von Gesellschaften Friedensallianzen ermöglicht, anstatt die warlords in den Mittelpunkt zu stellen, ist die Herausforderung der 90er Jahre.

Hier aktiv zu werden, verlangt von der UNO freilich, ihre Haltung gegenüber dem Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten von Staaten, zu überdenken. Dabei geht es weniger darum, das de facto bereits bestehende Recht auf militärisches Eingreifen im Falle größter Menschenrechtsverletzungen („humanitäre Intervention“) zu erweitern. Vielmehr ist aus friedenspolitischer Perspektive die wachsende Einsicht entscheidend, daß Menschenrechtsverletzungen und Krisenentwicklungen innerhalb von Staaten legitimerweise auf die internationale Tagesordnung gehören. Frühzeitig Möglichkeiten der Vermittlung anzubieten und einen Konflikt nicht zum Krieg eskalieren zu lassen: Hierin besteht der erfolgversprechendste Weg, bei dem die UNO aufgrund ihrer Unparteilichkeit einen entscheidenden Vorteil gegenüber Großmächten hat.

Tobias Debiel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung (INEF) der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

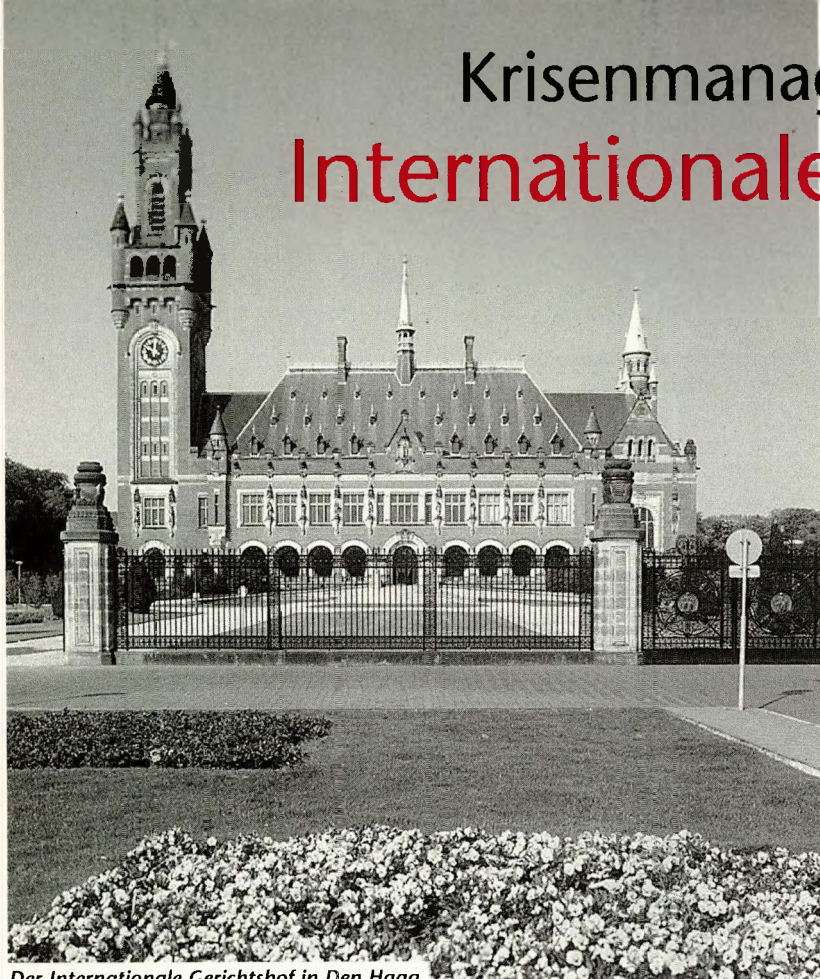
Jüngst hat er zusammen mit Norbert Ropers den Sammelband „Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt“ herausgegeben (Stiftung Entwicklung und Frieden, Gostr. 152, 53175 Bonn).

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen, nach dem englischen Namen „United Nations Organisation“ auch UNO oder UN genannt, haben seit ihrer Gründung 1945 in 27 kriegerischen Konflikten versucht, einen Ausgleich zwischen den Beteiligten zu suchen und so den Frieden wiederherzustellen oder zu stabilisieren. Der Sicherheitsrat der UN entscheidet, ob und welche Maßnahmen die UN bei kriegerischen Konflikten ergreifen. Ständige Mitglieder im Sicherheitsrat sind die USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich und China. Rein humanitäre Aufgaben übernimmt das Flüchtlingshilfswerk der UN (UNHCR). Es spielt damit eine dem Roten Kreuz ähnliche Rolle.

Derk Bienen

Krisenmanagement durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag



Der Internationale Gerichtshof in Den Haag

Fotos: dpa

Der Internationale Gerichtshof (IGH) mit Sitz im niederländischen Den Haag ist das Hauptrechtsprechungszentrum der Vereinten Nationen. Und sofort taucht die Frage auf: Warum wird er nicht tätig, wenn so schlimme Rechtsverletzungen wie in Ex-Jugoslawien, Afghanistan oder Tschetschenien passieren? Warum schreitet das Gericht nicht ein, um Konflikte zu lösen bzw. Krisen zu bewältigen? Diese Fragen lassen sich nur beantworten, wenn man einerseits die Kompetenzverteilung innerhalb der Vereinten Nationen und andererseits die Besonderheiten eines internationalen Gerichts betrachtet.

Von Karin Oellers-Frahm

Im Kompetenzgefüge der Vereinten Nationen kommt dem Gerichtshof die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten zu; politische Angelegenheiten zu regeln, ist dagegen Aufgabe der Generalversammlung und des Sicherheitsrats, der als einziges Organ der Vereinten Nationen die Befugnis hat, auch Zwangsmaßnahmen zu ergreifen (Kapitel VII der Satzung). Die meisten Krisen oder Konflikte sind nun aber nicht eindeutig nur politisch oder nur rechtlich, sondern beides ist oft verbunden, so daß sich die Zuständigkeit von Sicherheitsrat und IGH nicht ausschließen. In der Tat haben sie sich oft mit derselben Angelegenheit befassen müssen, zum Beispiel im Falle der Geiselnahme in der Botschaft von Teheran oder aber, besonders aktuell, zur Frage des Völkermordes in Ex-Jugoslawien. Während der Sicherheitsrat als politisches Organ politische Lösungen sucht, kann der IGH nur in strikter Anwendung des Völkerrechts einen Streit lösen.

Das wichtigste Hindernis für eine größere Aktivität des IGH bei der Beilegung internationaler Krisen liegt aber darin, daß nicht alle Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind, – und das sind heute fast alle Staaten der Erde – der Zuständigkeit des IGH unterworfen sind und daß der IGH nicht auf eigene Initiative hin tätig werden kann. Kein Staat kann vor dem IGH beklagt

werden, der dem nicht ausdrücklich zugestimmt hat. Da Staaten souverän sind, kann sie niemand zwingen, sich der Gerichtsbarkeit eines internationalen Gerichtes zu unterwerfen. Außerdem: Nur jene Staaten können klagen oder beklagt werden, die die Zuständigkeit des IGH ausdrücklich anerkannt haben. Diese Anerkennung kann für alle denkbaren oder aber nur für bestimmte Streitfälle erfolgen. Eine derartige Erklärung gilt gegenüber all den Staaten, die ebenfalls eine solche Erklärung abgegeben haben, das sogenannte „Gegenseitigkeitsprinzip“. Da nicht einmal 50 der fast 190 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen eine derartige Erklärung abgegeben haben, und nur etwa drei vorbehaltlos, ist die Zuständigkeit aufgrund dieser Erklärung relativ begrenzt.

Entscheidend ist die Mitarbeit der Staaten

Daneben kann aber auch in Verträgen zwischen Staaten die Regelung von Streitigkeiten, die sich aus der Auslegung und Anwendung des Vertrages ergeben, dem IGH übertragen werden. Derartige Verträge gibt es viele, so daß hier eine recht bedeutende Zuständigkeitsgrundlage für den IGH liegt. Außerdem können Staaten ad hoc vereinbaren, einen zwischen ihnen bestehenden Streit dem IGH vorzulegen. Das sind die Fälle, die die größten Erfolgsaussichten haben. Und schließlich kann ein Staat,

der dem Gerichtshof unterworfen ist, gegen einen anderen, der die Zuständigkeit (noch) nicht anerkannt hat, klagen, in der Hoffnung, daß der beklagte Staat für diesen Fall die Zuständigkeit des IGH akzeptiert.

Es ist also deutlich, daß die Funktion des IGH allein von der Bereitschaft der Staaten abhängt, seine Zuständigkeit anzuerkennen. Und es ist durchaus schon vorgekommen, daß Staaten, die sich der Gerichtsbarkeit unterworfen hatten, dies später wieder zurückgezogen haben aufgrund einer gegen sie gerichteten Klage, so zum Beispiel Frankreich nach der Klage Neuseelands und Australiens gegen die Atomversuche 1973, und die USA anlässlich der Klage Nicaraguas wegen paramilitärischer und militärischer Aktivitäten der USA in Nicaragua 1986. Und auch wenn die Zuständigkeit anerkannt ist, der IGH also einen Fall entscheiden kann, ist das – leider – noch keine Gewähr dafür, daß das Urteil auch befolgt wird. Da es im Völkerrecht keine übergeordnete Gewalt gibt – alle Staaten sind souverän und gleichgestellt –, ist die Vollstreckung eines Urteils nicht gesichert und letztendlich zwangsweise nur über Maßnahmen des Sicherheitsrates zu erreichen.

Fazit: Die Bedeutung des IGH zur Vermeidung bzw. Beendigung von Krisen ist relativ gering, was allerdings nicht am Gericht liegt, sondern an den Staaten, die nicht bereit sind, seine Zuständigkeit anzuerkennen.

Wäre die Gerichtsbarkeit des IGH obligatorisch, wären also alle Staaten automatisch seiner Gerichtsbarkeit unterstellt, so wäre ein großer Schritt vorwärts getan, aber davon sind wir heute

weit entfernt. Und selbst wenn dies erreichbar wäre, so müßte immer noch die Frage der Durchsetzung der Urteile gelöst werden. In dem Fall, den Bosnien und Herzegowina gegen Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vor den IGH gebracht haben, um insbesondere den Völkermord zu beenden und in dem sie im Wege der Dringlichkeit vorläufige Maßnahmen beantragt hatten, hat der Gerichtshof sehr schnell gehandelt: Er hat einstweiligen Rechtsschutz, bis zum Erlaß des Urteils in der Hauptsache, gewährt. Wir alle wissen, daß Jugoslawien (Serbien und Montenegro) sich nicht an die verhängten Maßnahmen gehalten hat. Auch eine zweite Verfügung, die abermals im Wege einstweiliger Maßnahmen den Parteien auferlegte, jegliche Akte des Völkermordes zu unterlassen, blieb völlig ohne Resonanz. Man erinnert sich auch, daß Teheran seinerzeit die amerikanischen Geiseln, die es in der Botschaft festhielt, nicht freiließ, nachdem der IGH eine einstweilige Anordnung in diesem Sinne erlassen hatte und schließlich, um nur noch eines von leider vielen negativen Beispielen zu nennen, haben die USA an dem Verfahren, das Nicaragua gegen sie eingeleitet



50 Fälle von Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien kamen beim IGH zur Anklage – aber nur ein einziges Verfahren konnte bislang eröffnet werden.



hatte, nicht einmal teilgenommen. Die USA haben die von ihnen ausdrücklich erklärte Zuständigkeit des IGH mißachtet, was eine Völkerrechtsverletzung darstellt, und haben dann diese Zuständigkeit auch gänzlich aufgekündigt.

Diese negativen Beispiele sollen aber nicht verdecken, daß der IGH in vielen Fällen in der Tat in der Beilegung der ihm vorgelegten Streitigkeiten erfolgreich war. Nur muß man realistischerweise zugeben: In den Fällen, in denen

es um für die betreffenden Staaten hochpolitische, zentrale Angelegenheiten geht, fehlt die Kooperationsbereitschaft der Staaten, selbst wenn es um eine vom IGH grundsätzlich zu entscheidende Rechtsfrage geht. In diesen Bereichen möchten Staaten sich von niemandem „bevormunden“ lassen. Und so muß man wohl erkennen, daß gerade die Bereiche, die zu den großen Konflikten, gar Kriegen führen, sich selbst dann einer friedlichen Regelung durch den IGH entziehen würden, wenn die Zuständigkeit des Gerichtes obligatorisch, also allgemeinverbindlich wäre. Die unterlegene Partei würde das Urteil wohl kaum befolgen und eine zwangsweise Durchsetzung durch den Sicherheitsrat ist bekanntlich mit zahlreichen praktischen Schwierigkeiten behaftet. Die Bilanz, den IGH als Instrument zur Krisenbewältigung zu nutzen, ist also keineswegs ermutigend, eine Tatsache, die den Staaten, nicht dem IGH, zuzuschreiben ist.

Der Internationale Strafgerichtshof für Jugoslawien

Das Internationale Strafgericht zur Verfolgung von Straftaten im ehemaligen Jugoslawien ist eines der ganz wenigen internationalen Strafgerichte, die es überhaupt je gegeben hat. Bekannt ist bisher wohl vor allem das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal.

Das Gericht besteht aus zwei Straf-kammern mit je drei Richtern und einer Berufungskammer aus fünf Richtern sowie einer unabhängigen Anklagebehörde. Nur Einzelpersonen, nicht auch Staaten oder Organisationen, können vor dem Gericht wegen schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht angeklagt werden. Das heißt konkret: schwere Verletzungen der vier Genfer Rotkreuzkonventionen von 1949, zum Beispiel vorsätzliche Tötung, Folter und mutwillige Zerstörung von Eigentum, Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges, Völkermord sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Von großer Bedeutung für die Effektivität des Gerichtes ist die Bestimmung, nach der das Verfahren nur in Anwesenheit des Angeklagten stattfinden kann. Gegenüber der nationalen Strafverfolgung der Kriegsverbrecher genießt das Jugoslawiengericht Vorrang. Es kann also alle Verfahren an sich ziehen, die Staaten sind verpflichtet, dem nachzukommen. Ist eine Verurteilung durch das internationale Gericht erfolgt, so ist eine weitere Verurteilung durch nationale Gerichte ausgeschlossen. Die Vollstreckung der Haftstrafen – Todesstrafe ist nicht vorgesehen – wird in Gefängnissen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen durchgeführt, die eine entsprechende Bereitschaft erklärt haben. Die Untersuchungshaft allerdings erfolgt in einem eigens dafür vorgesehenen Gefängnis in den Niederlanden. Theoretisch sind damit alle Voraussetzungen für ein effektives Handeln

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Kriegserlebnisse des Schweizer Henry Dunant führten 1863 zur Gründung des IKRK. Dieses kümmerte sich anfangs vor allem um die Pflege Kriegsverwundeter, doch im Laufe der Zeit kamen immer neue Tätigkeitsbereiche hinzu. Für die aktuellen bewaffneten Konflikte in Europa sind drei Aufgaben von besonderer Bedeutung: Hilfeleistungen, insbesondere für zivile Kriegsopfer; Überwachung und Einhaltung der Genfer Rotkreuzabkommen, zum Beispiel durch Überprüfung von Kriegsgefangenenlagern; und der internationale Suchdienst nach Vermissten.

Obwohl das IKRK strikte Neutralität bewahrt und die Arbeit vor Ort bevorzugt, haben die Greuel-taten in Ex-Jugoslawien dazu geführt, daß das IKRK immer häufiger versucht, mit öffentlichen Appellen auf die Konfliktparteien einzuwirken. Der Wahlspruch des IKRK: „Durch Menschlichkeit zum Frieden“.

D. B.

des Gerichtes gegeben. Aber die Realität sieht anders aus: Obwohl mehr als 50 Fälle bisher zur Anklage gekommen sind, befindet sich nur ein Angeklagter, Dusko Tadic, am Sitz des Gerichtes. Sein Verfahren, das vor deutschen Gerichten anhängig war, wurde von Deutschland auf Anfrage des Gerichtes abgegeben. Bei allen anderen Angeklagten, deren Aufenthaltsort zum Großteil durchaus bekannt ist, wird die Überstellung zum Aufenthaltsstaat verweigert, trotz der Pflicht zur Zusammenarbeit, so zum Beispiel bezüglich der Angeklagten Karadzic und Mladic. Zwar hofft man, daß durch das Friedensabkommen von Dayton die Statistik des Gerichtes bald besser wird, aber es bleibt dabei, daß gegen den Willen der Staaten, auf deren Gebiet sich die Kriegsverbrecher befinden, ihre zwangsweise Überstellung nach Den Haag nur schwer realisierbar ist.

Obwohl dem Gericht bisweilen die Funktion des berühmten „Feigenblattes“ angesichts der Ohnmacht der Staatengemeinschaft zugeschrieben wurde, ist es doch ein Anhaltspunkt dafür, daß derartig grausame Verbrechen nicht ungesühnt bleiben, daß Schuld individualisiert wird und daß auch Immunität vor Strafbarkeit nicht schützt. Es ist ganz sicher ein gutes Zeichen in der politischen Kultur, auch wenn es nicht dazu wird verhelfen können, alle Verbrechen zu ahnden.

Dr. Karin Oellers-Frahm ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg.



Fotos: dpa

Die Bundeswehr – ein

Auslaufmodell?

Regionale Sicherheitsgemeinschaften nach dem Beispiel der UNO, internationale Gesetze, Gerichte und Institutionen zur Konfliktvermeidung fordert der ehemalige Flottillenadmiral Elmar Schmähling. Für die nationalen Streitkräfte sieht er – aus Gründen der Vernunft – keine Zukunft.

Von Elmar Schmähling

1995 wird in die Geschichte der Deutschen als das Jahr eingehen, in dem deutsche Soldaten zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder an einem Krieg teilgenommen haben. In diesem Krieg wird nicht das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes verteidigt, wozu sich die Soldaten der Bundeswehr seit der Wiederbewaffnung 1955 mit ihrem Eid oder feierlichen Gelöbnis verpflichten. Gewiß ist dieser Krieg aber auch kein verbrecherischer Eroberungskrieg, womit das Nazi-Deutschland 1939 fast die ganze Welt überzogen hatte. Mit der Teilnahme der Bundeswehr an der Implementation Force (IFOR), so die NATO-Bezeichnung für die sogenannte Friedensmission, hat die Bundesregie-

rung geschafft, worauf sie seit dem Ende des Kalten Krieges zielstrebig hingearbeitet hatte: die sogenannte Normalisierung einer Mittelmacht Deutschland, endlich wieder ausgestattet mit einer uneingeschränkten Streitmacht als Mittel der Macht- und Interessenpolitik.

Die Richter machten den Weg frei

Dafür brauchte die Bundesregierung weder eine Zweidrittelmehrheit des Deutschen Bundestages zu bemühen, noch die mehrheitliche Zustimmung der Menschen in unserem Lande zu gewinnen. Eine Handvoll Richterinnen und Richter machten mit ihrem Spruch vom Juni 1994 den Weg für eine neue deutsche Militärrolle frei. Sie erklärten kurzerhand die NATO zu einem „kollektiven Sicherheitssystem“, in dem die Deutschen, wie in der UNO, an allen Missionen, auch zur Erzwingung des Friedens teilnehmen dürften. In Wahrheit ist die NATO aber ein „kollektives Verteidigungssystem“ gemäß Art. 51 der UNO-Charta, das sich dadurch von einem „kollektiven Sicherheitssystem“ unterscheidet, daß sich die Mitglieder verpflichten, alle Bündnisstaaten gemeinsam gegen eine militärische Aggression von außen zu verteidigen.

Die Folge der richterlichen de-facto-Verfassungsänderung am Parlament vorbei ist eine perverse Situation. In Deutschland ist es heute leichter, junge Deutsche zum Töten und Sterben in ein fremdes Land zu schicken, nämlich nur

mit einfacher Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als den Verteidigungsfall zu erklären. Für die Feststellung des Verteidigungsfalles gemäß Art. 115a GG als Voraussetzung für die Landesverteidigung, nämlich für

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Im Januar 1995 wurde die seit 1975 bestehende Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) umbenannt in OSZE. Gleichzeitig erhielt die Organisation einen kleinen Mitarbeiterstab. Im Zentrum der KSZE-Arbeit stand traditionell der Schutz der Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie die Unverletzlichkeit von Grenzen – Themen, die auch für den Krieg in Ex-Jugoslawien zentral sind. Dennoch hat die KSZE in diesem Konflikt keine Rolle gespielt. Dies lag v.a. am Geldmangel sowie an fehlenden Reaktionsregeln im Falle eines Krieges. Letzteres wurde inzwischen behoben, der erste „Einsatz“ der OSZE findet anlässlich des Krieges in Tschetschenien statt, eine Strategie für eine dauerhafte Lösung ist dort allerdings noch nicht in Sicht. D.B.

die Feststellung, daß Deutschland angegriffen wird oder ein Angriff unmittelbar bevorsteht, bedarf es nach wie vor einer Zweidrittelmehrheit des Deutschen Bundestages. Die militärische Bundeswehrführung hat diese Wende sehr aktiv betrieben, weil sie seit dem Verlust des kommunistischen Feindes an heftigen Selbstzweifeln leidet. Neue, für viele alte und neue Militaria-Fans äußerst attraktive Militäreinsätze rund um den Globus versprechen neue Legitimation.

Da kommt der Spruch aus Karlsruhe, daß die Meinungsäußerung, „Soldaten sind potentielle Mörder“, von der Verfassung gedeckt sei, natürlich höchst unlegen. Die deutschen Soldaten und ihre politischen Auftraggeber wollen gerade angesichts der jüngsten Greuel-taten ihrer Berufskollegen auf dem Balkan nicht mit Mord und anderen Gewaltverbrechen in Verbindung gebracht werden. Aber in jedem Krieg gibt es Mord und Totschlag, wird vergewaltigt, geraubt und vertrieben, nicht als Ausnahme, sondern als Regel. Wenn Gewalt zum Töten und Zerstören erlaubt ist, werden die Grenzen zur unerlaubten Gewalt fließend. Deutschland setzt wieder auf Gewalt als Mittel der Interessenpolitik, und nicht mehr als letztes Mittel zur Abwehr eines gegenwärtigen und rechtswidrigen Angriffs auf das eigene Land, also zur Notwehr.

Der moderne Industriestaat überlebt keinen Krieg

Bleibe der Auftrag aller Streitkräfte, auch der Auftrag der Bundeswehr, auf bloße Landesverteidigung beschränkt, sähe es schlecht für den Soldatenberuf in Deutschland aus. Deutschland ist nur noch von befreundeten Staaten umgeben. Wer sollte Deutschland angreifen? Und: Jeder Versuch, das hochindustrielle Deutschland mit den Mitteln und Methoden der modernen Kriegführung zu verteidigen, würde im kollektiven Selbstmord enden. Die Einsicht des früheren Generalinspektors Wolfgang Altenburg und seiner Nachfolger bleibt gültig: Deutschland kann sich nicht einmal einen „konventionellen“ (also nicht mit Atomwaffen, sondern mit herkömmlichen Waffen geführten) Krieg „leisten“. Staaten wie unser Staat sind aufgrund der Nutzung von Hochtechnologie besonders leistungsfähig, aber unter Kriegsbedingungen nicht überlebensfähig. Der moderne Industriestaat ist nicht mehr kriegsfähig, nicht einmal zur Verteidigung. Diese für das Militär und für PolitikerInnen ernüchternde Erkenntnis wird einfach ignoriert. Aber wie soll denn die Weltgemeinschaft auf Gewaltakte reagieren, wird von den UnterstützerInnen einer neuen offensiven deutschen Militärrolle gefragt. Gewalt könne eben nur mit Gewalt eingedämmt oder beendet werden. Und warum soll Deutschland bei-

seite stehen, wenn Frieden in der Welt bewahrt oder wieder hergestellt werden muß?

Gewalt beseitigt die Ursachen des Unfriedens nicht

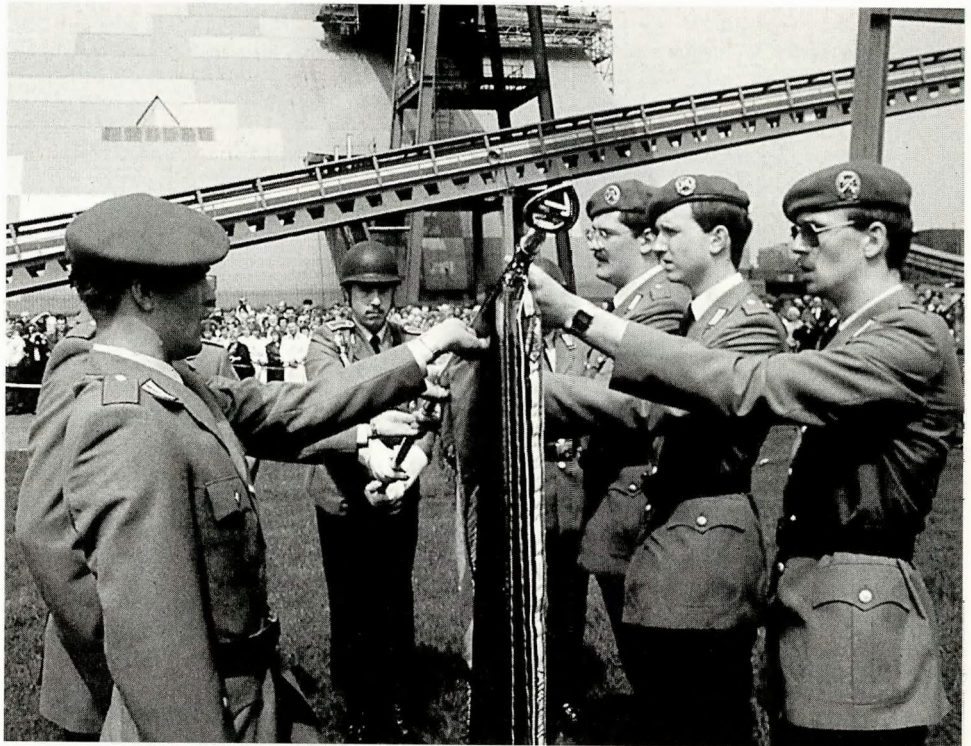
Es ist indes nicht nur eine Frage der Moral, wie die Völkergemeinschaft künftig mit Aggressionen von Staaten oder Gruppen umgeht, sondern auch der Vernunft. Die Androhung oder Anwendung von Gewalt beseitigt niemals die Ursachen für unfriedliches Agieren von Menschen. Deshalb führt kein Weg an der Suche und mühevollen Beseitigung der Ursachen von Elend und Gewalt vorbei.

Klassisches Militär mit dem Auftrag und den Mitteln zur unbegrenzten Gewaltanwendung hat dabei keinen Platz. Allein die regionale Organisation von gemeinsamer Sicherheit nach dem Vorbild der Vereinten Nationen kann eine dauerhafte Lösung für das friedliche Zusammenleben der Völker bieten. Solche regionalen Sicherheitsgemeinschaften brauchen statt nationaler Armeen wirkungsvolle Institutionen zur Konfliktvermeidung und ein demokratisch legitimes und kontrolliertes Gewaltmonopol, wie es demokratisch verfaßte Staaten besitzen. Dies setzt internationale Gesetze und internationale Institutionen, wie Staatsanwaltschaft, Gerichte und Polizei voraus. Für die Anwendung von Zwangsmitteln zur

Vorrang der Gewaltfreiheit

„Wenn zwischen Völkern und Nationen dauerhaft Friede herrschen soll, müssen sie bereit sein, einen Teil ihrer Souveränität und auch ihres Gewaltmonopols an überstaatliche Instanzen abzutreten, um diese in die Lage zu versetzen, gegen nationalen und ethnischen Egoismus Frieden, den Schutz von Minderheiten und die Wahrung der Menschenrechte durchzusetzen. Das setzt nach Auffassung der Synode den Konsens der beteiligten Staaten über den Vorrang der Gewaltfreiheit und die Kriterien für die Anwendung militärischer Gewalt im äußersten Fall voraus. (...) Für ein friedensfähiges Europa empfiehlt die Synode, bei der christlichen Erziehung in Familie, Gemeinde und Schule der Friedensethik und der Eindämmung von Gewalt Vorrang einzuräumen, die christlichen Friedensdienste im In- und Ausland umfassend zu fördern, dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen europaweit Geltung zu verschaffen.“

Aus der „Kundgebung“ der Synode der EKD zu Europa, November 1995.



Wiederherstellung des Rechtsfriedens muß das Gebot der Verhältnismäßigkeit wie beim Polizeirecht gelten. Nationale Streitkräfte, folglich auch die Bundeswehr, haben in solchen Sicherheitsgemeinschaften keinen Platz mehr. Deutschland muß schon heute beginnen, sich darauf einzustellen.

„Ich schwöre der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“
Berufs- und Zeitsoldaten haben diesen Eid geleistet, auch diejenigen haben nichts anderes versprochen, die nach Bosnien abkommandiert wurden.

Frieden durch Recht

Vom „gerechten Krieg“ zur Weltfriedensordnung

Von Heinz Rothenpieler

Im Abendland haben die Probleme des Friedens sehr viel weniger das Denken und die Politik bestimmt als die Probleme des Krieges. Das ist auch kaum verwunderlich: Römisches Staatsdenken, das bis in die heutige Zeit hinein maßgebend ist, hat den Krieg auf den Begriff des „gerechten und rechtmäßigen Krieges“ gebracht und Frieden war nur als „Pax Romana“ vorstellbar: Innerhalb der römisch gewordenen Welt. Augustinus hat daran anknüpfend in der Kirche die Lehre vom „gerechten Krieg“ verkündet, die in der Folge immer wieder zur Rechtfertigung von Kriegen statt zu ihrer Eingrenzung gebraucht wurde.

Der „Vater des modernen Völkerrechts“ ist der spanische Dominikaner Francisco Vitoria (1486–1546) und was er suchte, waren Rechtstitel für die Eroberungen Spaniens in der „Neuen Welt“. Er fand sie bei einem „Kriegsrecht“. Von jetzt an wurde scharf zwischen „Friedensrecht“ und „Kriegsrecht“ unterschieden. Den Schritt, letzteres dann beim „summus princeps“ (Obersten Herrn) anzusiedeln, vollzog sein Landsmann Balthasar de Ayala (1548–1584): Für den Absolutismus die ideale Lösung. Jetzt war die Rechtfertigung für den Krieg formalisiert – auch wenn der Herrscher ungerechtfertigt einen Krieg begann, konnte dieser „gerecht“ sein, weil er von der dazu autorisierten Figur geführt wurde. Mithin waren der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Ordnung in das Chaos versuchte der bedeutendste Völkerrechtler der frühen Neuzeit, Hugo Grotius (1583–1645), mit seinem Hauptwerk „Drei Bücher über das Recht des Friedens und des Krieges“ zu bringen, zunächst vergeblich. Erst die Französische Revolution und danach die Napoleonischen Kriege wiesen den Absolutismus in seine Grenzen. 1814 wurde von den Monarchen Europas eine „Heilige Allianz“ vereinbart, damit der „Bazillus der Revolution“ unter Kontrolle blieb: Die Monarchen mußten Kriege vermeiden, die ihren Thron in Gefahr bringen konnten.

Vom Recht des Stärkeren zur Stärkung des Rechts

In jener Zeit begann die praktische Friedensarbeit der Pazifisten. Schon vorher hatten sich insbesondere in den angelsächsischen Ländern Friedenskirchen entfalten können. Die von George Fox begründete radikalpazifistische Quäker-

gemeinschaft war in Amerika die einzige Gruppierung, die mit den Indianern förmlich Frieden geschlossen und von ihnen Land gekauft hatte.

Unter dem Einfluß der starken Persönlichkeit des amerikanischen Schmieds Elihu Burritt fanden in Europa die ersten Friedenskongresse statt. Zunächst gingen die Bestrebungen dahin, den Krieg zu humanisieren. Zwar gab für die Rotkreuzbewegung Henri Dunant den Anstoß, doch die erste Genfer Konvention von 1864 und die darauffolgende Petersburger Konvention von 1868 sind zum guten Teil auf die Wirkungen der Friedensbewegung zurückzuführen. Die Pazifisten wollten jedoch dabei nicht stehenbleiben. Im Vordergrund ihrer Bemühungen stand die Einführung eines Internationalen Schiedsgerichtshofes: Zwischenstaatliche Konflikte sollten auf der Ebene des Rechts und nicht mehr der Macht ausgetragen werden. Der österreichische Pazifist und Völkerrechtler Heinrich Lammasch (1853–1920) schrieb: „Je mehr sich die Völker kennenlernen und alte Vorurteile gegeneinander ablegen, je kräftiger mit einem Worte die ‚Interdependenz‘ der Staaten und der Völker sich ausbildet und je deutlicher sie erkannt wird, desto klarer kommt den Nationen die Notwendigkeit zum Bewußtsein, daß auch in ihrem Verhältnisse zueinander eine Ordnung nach dem Vorbilde der staatlichen Ordnung und ein Modus zur Erhaltung dieser Ordnung nach dem Vorbilde der Rechtspflege notwendig ist.“

Die Organisation der Staatenwelt

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts forderten Pazifisten in Europa eine politische Organisation der Staatengemeinschaft: Hans Wehberg (1885 bis 1962), ein deutscher Pazifist und Völkerrechtslehrer in Genf, schrieb: „In einer solchen Organisation, sei es in Form eines Staatenbundes oder einer noch loseren Gemeinschaft, ließe sich auch das Problem der Sanktionen, des gemeinsamen Vorgehens gegen einen Rechtsbrecher, leichter regeln. Projekte dieser Art haben namentlich der französische Abbé de Saint-Pierre und der deutsche Philosoph Immanuel Kant ausgearbeitet.“ Wichtige geistige Grundlagen zur „Organisation der Staatenwelt“ hat Walther Schücking gelegt, Pazifist und erster deutscher Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag (gest. 1935). Schücking sagt: „Die tatsächliche Möglichkeit eines Krieges zwischen den Staaten wird natürlich ebensowohl bleiben, wie trotz eines Rechtsfriedens im Innern die Möglichkeit des Bürgerkriegs geblieben ist. (...) Die Hauptsache ist, daß der

Europarat

Die Rolle des Europarates bei kriegerischen Konflikten ist eher gering: Sein Hauptziel besteht vor allem im Schutz der Menschenrechte, in der Stärkung demokratischer Institutionen und in der Gewährleistung der Freiheiten des Einzelnen. Seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes hat der 1949 gegründete Europarat eine Vielzahl neuer Mitglieder aus den ehemaligen Ostblockstaaten erhalten, so daß ihm heute fast alle Länder Europas angehören. Nach dem Ausbrechen der Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien wurde dieses Land im Juli 1992 aus dem Europarat ausgeschlossen. Diese umstrittene Entscheidung hatte zur Folge, daß der Europarat in dem Konflikt nicht mehr vermitteln oder sonstigen Einfluß ausüben konnte. D. B.

Krieg allmählich aufhört ein Rechtsinstitut zu sein.“

Und heute? Der Internationale Gerichtshof in Den Haag will im Februar 1996 die Frage der Weltgesundheitsorganisation „Sind Atomwaffen nach dem Völkerrecht illegal?“ offiziell beantworten. Gleichzeitig kommt auf allen UNO-Ebenen die internationale Strafgerichtsbarkeit voran. Seit den Nürnberg Prozessen ist die individuelle Verantwortlichkeit bei Kriegsverbrechen Konsens. Und genau diese Fragen standen einst bei den Pionieren (und Märtyrern) der Kriegsdienstverweigerung aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg im Vordergrund.

Jean Pictet, ehemaliger Vizepräsident des Internationalen Roten Kreuzes, fragte kürzlich: „Was nützt es, ein Recht zu entwickeln, das in so vielen Ländern mit Füßen getreten wird?“ Und er gibt

zur Antwort: „Es ist wahr, daß das humanitäre Völkerrecht nicht immer geachtet wird. Aber diese Kritik trifft auch auf andere

Rechtszweige zu. Hat doch die Gesellschaft einen gewaltigen Apparat – das Rechtswesen und die Polizei – nur unter dem Aspekt geschaffen, daß das Recht gebrochen wird.“

Heinz Rothenpieler ist Geschäftsführer bei der deutsch-afrikanischen Fördergemeinschaft für demokratische Friedensentwicklung DIALOG INTERNATIONAL e.V. und Redakteur der Zeitschrift PAZIFIST, Hefte für Völkerrecht und Arbeit für den Frieden, herausgegeben von: DIALOG, PF 260124, 40094 Düsseldorf

Zum Weiterlesen:

Walther Schücking: Die Organisation der Welt, Tübingen 1908.

Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden, Reclam Nr. 1501.

Bruno Hipler (Hrsg.): Fr. W. Foerster – Manifest für den Frieden, Paderborn 1988 (siehe wub 2/95, Portrait).

Deutsches Friedensbuch. Berlin, Weimar 1990.

„Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören“.
Immanuel Kant, 1795.

ächt ätzend ...

„B 29 A, Superfestung, war der strategische US-Langstreckenbomber (hauptsächlich gegen Japan im pazifischen Kriegsgebiet eingesetzt), der mit dem Atom-Bombardement von Hiroshima und Nagasaki (Enola Gay) im August 1945 das Ende des Zweiten Weltkriegs brachte.“

„B 17, Fliegende Festung, der berühmteste schwere Bomber der US-Airforce, wurde hauptsächlich für Präzisionsbombardements am Tage in Europa eingesetzt, erhielt seinen Namen durch sein phänomenales Aufgebot an Defensiv-Waffen, die notwendig waren, um sicher in den selben Himmelsstrichen zu fliegen wie die Luftwaffe.“



„Bomberbier“ einer süddeutschen Brauerei, gesehen in einem Supermarkt. Foto: zivil/W. Schulz

Ich erinnere mich noch genau daran, als ich mein erstes Fahrrad bekam. Ein richtiges Fahrrad, meine ich. Ohne Bodenberührung der Beine, ohne Stützräder und Papas helfende Hand am Lenker. Groß und grün stand es vor mir. Lässig an die Mauer gelehnt. Mit Tacho und Gangschaltung! Ich wäre vor Stolz beinahe geplätzt.

35 Jahre später. Langsam und noch recht tolpatschig drehe ich ein paar Runden.

Eine große Kurve mit vollem Lenkereinschlag. Ein wenig den Berg hoch, ohne mich zu sehr anzustrengen und dann fast tollkühn wieder runter. Passanten am Straßenrand nicken mir ungläubig aber freundlich zu. Wieder habe ich dieses unbeschwertere, glückliche Gefühl. Ich spüre den Drang, augenblicklich zu einer Weltumrundung aufzubrechen, diesmal nicht auf zwei, diesmal auf drei Rädern: Vorne angeschnallt habe ich eines dieser neuen Rollstuhlfahrer und fühle mich wie Eddy Merckx. Mittlerweile bin ich zwar groß geworden, durch einen Unfall aber nun auf einen Rollstuhl angewiesen.

„Nach 20 Kilometer werden mir die Arme lang.“

Die ersten Ausfahrten sind voller neuer, wunderbarer Eindrücke. Allerdings: Für einen, der sich schon mindestens 100 Kilometer am Tag runterradeln sah, auch ziemlich desillusionierend. Von wegen 100 Kilometer. Nach 20 Kilometern werden mir die Arme lang. Meine Schultermuskeln schmerzen und meine Handflächen sind rot und geschwollen. Bei einem meiner Freunde schien doch alles so einfach zu gehen. Ich beginne zu ahnen, daß hinter diesem so leicht aussehenden Dahinrollen eine Menge Training steckt.

Nach ein paar hundert Kilometern enthusiastischen und immer fitter machenden Herumradelns fühle ich mich stark genug für den ersten großen Ausflug. Wir wollen mit Rädern von Venlo an der holländischen Grenze zurück nach Heidelberg fahren. Zwei Wochen ohne Auto. Das ist mir seit meiner Führerscheinprüfung nicht mehr passiert! Zum Glück habe ich eine sehr fahrradbegeisterte Freundin. Ganz alleine wäre mir das Projekt dann doch zu gewagt.

Ein fast berauschendes Gefühl der Unabhängigkeit (wovon eigentlich?) er-

faßt mich, als wir starten. Meinem Auto winke ich höhnisch, aber auch etwas wehmütig hinterher. Es wird zu Hause auf mich warten. Zwei Wochen abhängig von Muskelkraft, gutem Wetter oder Regenkleidung, luftdichten Reifen und Radkarten. Wenn das mal gut geht!

Radkarten zu lesen ist gar nicht so einfach. Die Straßen sind unterschiedlich gefärbt, um den Grad der Befahrenheit anzuzeigen. Wir lernen Haupt- von Nebenstraßen zu unterscheiden. Pfeile in oder gegen Fahrtrichtung zeigen Steigungen an. Doppelte Pfeile signalisieren eine große Steigung. Überall auf der Karte verlaufen feine Linien mit Zahlen dazwischen. Höhenangaben, die dem Be-

zivil-Autor

Rasso Bruckert

war auf Tour mit seinem neuen Rollstuhlfahrrad. Sein

Fazit: super! Am

Anfang aber war's

ganz schön hart ...

trachtet den Grad der Steigung verdeutlichen sollen. Wohl dem, der's erkennt. Für mich jedenfalls bleibt unsere Karte lange Zeit ein flaches Stück Papier.

Die ersten 110 Kilometer zwischen Venlo und Aachen legen wir innerhalb von zwei Tagen zurück. Ebenes Gelände und sehr gut ausgebaute Fahrradwege machen es uns leicht. Mit jedem Kilometer schwillt meine Brust vor Stolz mehr an. Ja, nach 40 gefahrenen Kilometern beginne ich gar zu fürchten, über den Rand der Fahrradweltkugel herunterzustürzen. Aber nicht nur meine Brust, sondern auch meine Muskeln schwellen an und so suchen wir uns ein Städtchen auf unserer Route als Übernachtungsziel aus. Mein Gott, hatte ich mich auf ein Bett gefreut! Aber in Arzberg hatten wir ganz einfach Pech: Der Ort hat nur zwei Pensionen – und die haben ausschließ-

lich Wendeltreppen. Wäre man nun mit dem Auto unterwegs, könnte man einfach in die nächste Ortschaft düsen und sich dort einquartieren. Nicht so mit dem Fahrrad! Nochmal zehn Kilometer müssen wir uns aufraffen, bis wir etwas Geeignetes finden! Wenn man sich schon unter der Dusche und dann bei einem kühlen Bierchen hatte sitzen sehen, ist das eine verdammt harte Angelegenheit.

Schon da beginnt uns zu dämmern, daß eine spontane Auswahl des Tageszieles zwar unserer Abenteuerromantik entspricht, aber mit einem Abenteuer im Rollstuhl schwer durchzuführen ist. Wir beschließen, von jetzt an unsere Tagesziele nach Größe und Zeichen für



Übernachtungsmöglichkeiten auf der Karte auszusuchen. Wir sind gewarnt.

„Alle hatten gewettet: Nach drei Tagen macht der schlapp.“

In Aachen haben wir dieses Problem nicht zu berücksichtigen. Wir übernachteten bei Freunden. Natürlich genießen wir Aachen auch als Sehenswürdigkeit. Trotzdem muß ich ständig gegen den Drang ankämpfen, sofort weiterzuradeln. Das Fahrradfieber hat mich offensichtlich gepackt. Und der Ehrgeiz: Hatten nicht alle meine Freunde zu Hause gewettet, ich würde spätestens am dritten Tag schlapp machen und mit dem Zug weiterfahren? Ich muß also vieles beweisen.

Fahrradfahren eröffnet mir den Zugang zu völlig neuen Wahrnehmungen während des Reisens. Anstelle des Geruchs und Lärms des Automotors lerne ich, daß Wiesen unterschiedliche Gerüche haben können, es im Wald nach Erde und der Wind nach Feuchtigkeit riecht. Ich höre den Dialekt der Menschen denen wir begegnen und wundere mich darüber, wie er von Ort zu Ort so schnell wechseln kann. Anstelle von vor mir her rasenden, qualmenden Auspuffrohren und vorbeifliegenden Kirchtürmen sehe ich Kühe, Pferde, Rehe, Füchse und überall Vögel. Mit Hilfe meiner Freundin lerne ich sie ansatzweise zu unterscheiden. Wir fahren durch Ortschaften mit den unterschiedlichsten Charakteren, halten bei 500 Jahre alten Burgen, erfahren von der Geschichte alter Städte. Ich erlebe eine völlig neue Qualität des Reisens.




Fotos: Bruckert

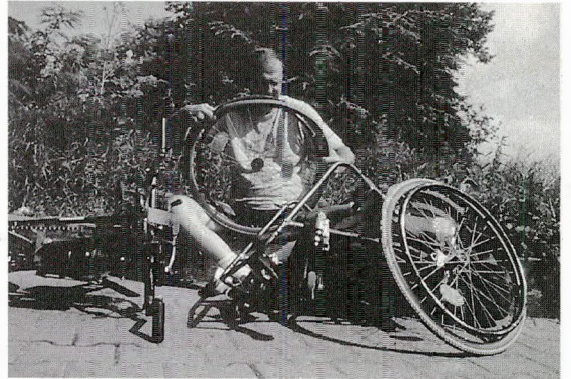
glaubt, mit so einem Fahrrad mühelos Berge rauf und runter zischen zu können, der irrt.

„Mama, guck mal, was hat denn der Mann da?“

Über mangelnde Aufmerksamkeit brauche ich mich mit meinem Fahrrad nicht zu beklagen. „Mama, guck mal. Was hat der Mann denn da?“ So werden wohl noch Generationen von Kleinkindern ihre Eltern in Verlegenheit bringen. Bei Jugendlichen reicht die Palette der Anerkennungsrufe von „geil“ über „cool“ zu „supergeil“. Der Rollstuhl scheint durch den Umbau seine Schrecklichkeit zu verlieren. Die sogenannten Erwachsenen halten sich mit Reaktionen auf die sonderbare Erscheinung sehr zurück. Etwas lockerer sind da schon meine „Kollegen“ auf den stinknormalen Rädern. Technische Fragen oder der erhobene Finger zum Gruß bekräftigen meine Aufnahme in den Kreis der Radler.

Nach zehn Tagen, mit zwei Tagen Pause, und 550 Kilometern auf dem Tacho erreichen wir Heidelberg. Die letzte Etappe von Worms nach Heidelberg betrug 92 Kilometer. Um nichts in der Welt hätte ich nochmal Station gemacht. Ich bin völlig ausgelaugt, spüre meine Arme nicht mehr und bin hundemüde. Und glücklich. Ich freue mich auf mein Bett, aber auch jetzt schon auf die nächste Tour. Und eine Radkarte birgt für mich inzwischen keine Geheimnisse mehr. Ich klappe sie auf und kann sehen, wie sich Straßen winden. Jetzt erkenne ich Größe und Form der Berge. Ich weiß jetzt, wie man Täler nicht nur verzweifelt sucht – sondern auch findet. 

„Eine völlig neue Qualität des Reisens“



Auch das gehört dazu: Plattfuß

Rollstuhl-Fahrräder

Ab etwa 3000,- DM ist ein Rollstuhl-Bike zu haben. Nahezu jeder Aktiv-Rollstuhl ist zum Umbau tauglich – der allerdings sollte von einem Fachgeschäft vorgenommen werden. Vertrieben werden die Bikes z. B. vom

Orthopädie-Technik-Zentrum Heidelberg,
Waldhoferstraße 98,
69123 Heidelberg



Manchmal geht es ohne Hilfe nicht.



Halb Fahrrad, halb Rollstuhl – viele haben sowas noch nie gesehen.

Nach drei Tagen erreichen wir den Rhein. Inzwischen haben wir etwa 300 Kilometer hinter uns. Ich fühle mich kräftiger als zu Beginn der Reise. Steigungen entmutigen mich nicht mehr. Ich nehme sie als Vorfreude für die Abfahrt. Manchmal fahre ich im ersten Gang so langsam, daß ein Fußgänger mühelos mithalten könnte. Wer also

#Beschicht

Mit Rafik Schami sprach Werner Schulz

zivil: Herr Schami, wie kam es denn zu Ihrem Werdegang als Schriftsteller? Und wie sind Sie aus Syrien hierher gekommen?

Schami: Ich wollte ins Ausland, ich wollte unbedingt Schriftsteller werden. Ich habe auch in Syrien veröffentlicht und wußte, daß ich erst eine Chance habe, wenn ich ins Exil gehe und frei schreibe, ohne Zensur, ohne Kontrolle. Und: Ich wollte auch keinen Kriegsdienst

Sprache Jesu Christi, meine Eltern sprechen aramäisch. Wir sind ein uraltes christliches Volk. Arabisch war meine Sprache in der Nachbarschaft, in der Schule. Dann habe ich Französisch in der Schule und Englisch an der Uni gelernt. Deutsch war meine fünfte Sprache. Ich bin nach Deutschland gekommen mit vier Wörtern: „Ich liebe Dich“ und „Ja-wohl!“. Diese Wörter haben Geschichten – aber das lassen wir jetzt.

„Ich träume auf deutsch“

zivil: Es gehört in meinen Augen mit zu dem Schwierigsten, in einer fremden Sprache zu schreiben. Und Ihren Bü-

zivil: Mir fiel natürlich auf, daß Soldaten, Militär usw. in Ihren Geschichten ganz, ganz schlecht wegkommen.

Schami: Weil sie schlecht sind. Ich kenne aus meiner Gegend nur dieses eine Gesicht von Militär. Man soll mich aufklären, wenn es andere Gesichter gibt. Ich kenne nur das eine Gesicht des Militärs, das die Reichtümer des Orients, einer der reichsten Regionen der Welt, vergeudet. Der Orient ist wirklich ein Schatzplatz und er könnte ein paradiesisches Leben für alle Völker bieten, ohne Einschränkung. Aber die Gegend wird zerstört, die Natur wird langsam verseucht und deckt nicht einmal ein Minimum der Lebensgrundlagen. Die Zahlen der Analphabeten steigen. Der Gesundheitszustand ist alles andere als befriedigend usw. Wenn man aber weiß, daß diese Länder gleichzeitig über die schnellsten und effektivsten Waffen der Welt verfügen, über Dinge, über die manch ein europäisches Land nicht verfügt, dann ist das wirklich absurd. Und deshalb erregen Militärs bei mir nur Widerstand, nur Kritik, nur Ablehnung. Ich kenne Militärs bei uns nur mit dem häßlichen Gesicht, nur im Zusammenhang mit Diktatur und Beraubung der Freiheit. Das kommt als zweiter Faktor hinzu, daß diese Militärs bei uns auch als Machtfaktor wirken gegen jede demokratische Regung. Militär bedeutet für mich auch Beraubung der Demokratie, Beraubung der „Mundfreiheit“, Beraubung der Handlungsfreiheit – das ist Militär. Deshalb muß man als Autor, auch ohne politisch zu sein, wenn man nur menschlich sein will – und das muß ein Autor zu einem Minimum sein, sonst kann er mir gestohlen bleiben – Verachtung haben für das Militär.

zivil: In einer Ihrer Geschichten kommt Onkel Salim und erzählt dem kleinen Bäckerjungen aus Damaskus, daß er nicht glaube, daß ein Mensch einen anderen Menschen töten dürfe. Das ist genau Ihre vorhin beschriebene Maxime. Hatten Sie auch so einen Onkel Salim – oder woher kommt ihre Einstellung?

Schami: Die Worte, die ich in den Mund von Onkel Salim gelegt habe, sind exakt die Worte meines Vaters. Mein Vater ist

der geborene Pazifist, der uns aus seinem christlichen Denken heraus immer gesagt hat, daß man lernen muß, Feinde zu lieben. Das geht nicht zusammen mit der christlichen Lehre, daß man Waffen segnet, daß man Kriege gut heißt und Kriege schlecht heißt, das geht nicht. Alle Kriege sind schlecht! Diese Überzeugung verdanke ich ihm, obwohl es ihm in aller Konsequenz dann später zu viel wurde, als ich dann radikal gesagt habe: Nein! Ein absolutes Nein zum Militär! „Dann verlieren wir dich, wenn du ins Exil gehst.“ „Ja, aber das hast du uns anerzo-

„Es war oder es war nicht ...“

Rafik Schami: Als christlicher Syrer und Kriegsdienstverweigerer wählte er mit 25 Jahren das deutsche Exil, promovierte als Chemiker, wurde Erzähler und ist heute Autor mit Welt-erfolg, dessen Bücher in 20 Sprachen übersetzt sind.

leisten, keinen Wehrdienst. Darauf bin ich mein Leben lang stolz, nie eine Waffe getragen zu haben. Bei uns gibt es keine Militärdienstverweigerer, also muß der Schwächere, in diesem Fall der Privatmann, dem Staat ausweichen. Ich habe aber einen legalen Grund angegeben, nämlich die Fortsetzung meines Studiums der Chemie, das war rechtens. Ich bin nach Heidelberg gekommen – allerdings mit dem Entschluß, nicht mehr zurückzukehren zum Militär. Ich habe das nicht bedauert. Drei Jahre beträgt der Militärdienst dort, es ist lebensgefährlich. Neben der Gehirnwäsche ist es lebensgefährlich. Man kann nicht einfach sagen: „Ich wußte nicht, daß Krieg ist“. Es ist dauernd Krieg – und das wollte ich nicht. Ich habe nicht das Recht, das Leben anderer zu beenden. Punkt. Das reicht mir, ohne viel Politisierung. Es reicht mir die Ethik, daß ich nicht das Recht habe, das Leben eines anderen Menschen zu beenden, egal wie widerlich dieser Mensch ist, geschweige denn, ich kenne ihn überhaupt nicht. Im Kriege kennt man sich ja überhaupt nicht. Dann bin ich nach Deutschland gekommen, habe Chemie studiert, habe mein Studium anständig abgeschlossen, um mich ernähren zu können. Ich hatte keine anderen Mittel, außer dem, was ich selber verdiente. Und nebenbei habe ich immer veröffentlicht.

zivil: Sie sind ja nicht deutschsprachig aufgewachsen. Wo haben Sie denn die deutsche Sprache gelernt?

Schami: Ich bin aramäisch-arabisch aufgewachsen. Aramäisch ist die uralte

chern merkt man nicht einmal an, daß Sie deutsch nicht als Muttersprache gelernt haben.

Schami: Ich lebe ja in der Sprache, ich atme die Sprache ein, ich esse die Sprache, ich lebe und träume in der Sprache.

zivil: Sie träumen auf deutsch?

Schami: Ja, außer wenn meine Mutter im Traum redet. Meine Mutter redet immer noch arabisch. Nur meine Mutter. Ein Psychologe hat mir erklärt, das sei natürlich: Die ersten Worte, die ein Mensch lernt, sind sehr tief im Bewußtsein verankert. Aber sogar mein Vater, der Nachbar, der Lehrer, die Freunde in Damaskus, die reden alle Deutsch.

zivil: Sie erfinden und schreiben Geschichten, Erzählungen, Märchen. Ich frage mich: Sind diese Märchen nicht ein Versuch, das Leben in einer Idylle, in einer gut überschaubaren Welt darzustel-



len, in der es klar umrissen Gut und Böse gibt, wo alles seinen Platz hat, oder besser: hatte? „Es war einmal ...“

Schami: Nein. Ich sage nicht „es war einmal“, sondern ich sage: „es war oder es war nicht“ – damit deute ich an, daß es auch andere interessante Orte geben kann, interessanter als der Ort, an dem wir leben. Wir sollen nicht so hochnäsig sein und glauben, nur das, was um uns geschieht, ist die Wahrheit. Es gibt viele Dinge, die woanders, in anderen Zeiten geschahen, die konträr zu unseren Wertvorstellungen liegen.

gen. Ich möchte das fortsetzen.“ Ich möchte wirklich dieses Militär aus meinen Genen rausschneiden und ich hoffe, daß seine Erziehung fruchtet in meinem Körper und daß auch ich meine Kinder so erziehe, daß es selbstverständlich ist, daß kein Kind der Familie mehr Waffen tragen muß. Das verdanke ich eigentlich diesem Vater.

zivil: Sie entstammen der christlichen Minderheit in Syrien – wie ergeht es dieser Gruppe?

Schami: Die Christen machen zehn Prozent der Bevölkerung aus, das ist eine beachtliche Menge, das sind eine Million Menschen. Und sie bilden, ob Bauern oder Städter, den Mittelstand. Sie haben sich durch die Jahrhunderte von der Politik entfernt und sich dem Handwerk verpflichtet. Die Muslime eroberten das Land, ließen die Christen bei ihrem Handwerk. Da sie aus der Wüste kamen, brauchten sie die Handwerker. Das heißt, die Christen haben eine etwas höhere Stellung, in den Medien, in der Wissenschaft, im Handel, dafür weniger im Staat. Das sind die Kompromisse, die man eingehen muß als Minderheit. Wir dürfen keinen Präsidenten stellen, wir dürfen keinen Militärführer von hohem Rang stellen ...

zivil: ... aber Soldaten dürfen Sie werden ...

Schami: ... absolut – und sterben dürfen Sie, gerne, als demokratischer Beitrag. – Ein paar Rechte sind für Christen beschnitten, aber dafür genießen wir Bewegungsfreiheit, Religionsfreiheit usw.

„Man dressiert sein Heimweh wie ein Raubtier“

zivil: Aber Sie können nach wie vor nicht nach Syrien reisen?

Schami: Nein ...

zivil: Was würde passieren?

Schami: Ich würde wahrscheinlich in Damaskus zurückgehalten werden. Aber ich will das nicht. Ich habe hier mein Publikum, ich habe hier meine zweite Heimat gefunden.

zivil: Sie haben also auch kein Heimweh?

Schami: Jeden Tag. Man dressiert sein Heimweh wie ein Raubtier. Man lebt mit dem Heimweh wie ein Dompteur mit einem Löwen. Man ist nicht immer in Gefahr, das stimmt nicht, sonst würde ein Dompteur die zweite Vorstellung nicht überleben. Aber man kann das Heimweh dressieren, daß es seine Nummern macht und ruhig bleibt.

zivil: Eine ganz andere Frage: Was bedeutet Ihnen Glaube und Religion?

Schami: Persönlich bedeutet es für mich Vertiefung der Liebe zum Leben und Achtung vor dem Leben. Achtung vor allen Lebewesen, man kann auch sagen: Achtung vor der Schöpfung. Glaube bedeutet für mich auch: aufrechter Gang. Wenn Jesus sich durch ein Merkmal charakterisieren läßt, dann durch den aufrechten Gang. Er ist aufrecht gegangen,

er ist nicht in die Knie gegangen. Wäre er in die Knie gegangen, wäre er nicht Jesus, sondern einer von Millionen, die den Römern in den Hintern gekrochen sind. Und: Er ist für mich der Inbegriff von Verbindlichkeit, zwischen dem Christen und seinem Wort, zwischen dem Christen und den Unterdrückten dieser Welt. Ohne jetzt mit sozialistischen Gedanken zu hantieren, möchte ich einfach diesen großen Denker und Gottessohn – und wie auch jeder nach seinem Geschmack ihn nennen will – als Vorbild nehmen. Das ist wunderbar, denn ich glaube die Kirche wird Schwierigkeiten bekommen, wenn die Leute Jesus als Vorbild nehmen. Ich glaube das wirklich, ohne Ironie.

zivil: Herr Schami, lassen Sie uns noch einen Sprung machen, hin zu Ihrem Metier, dem Erzählen. Möglicherweise ist das anders in Damaskus, aber hierzulande ist das ja eher eine aussterbende Kunst.

Schami: Eine sterbende Kunst – das würde ich nicht sagen. Sie ist bedroht. Die visuellen Medien, die Hektik des Lebens bekämpfen die Ruhe, die notwendig ist für das Erzählen. Das ist der eine Faktor. Der andere Faktor: Es meldet sich schon das Bedürfnis der Menschen, die Jahrtausende lang geübt sind, durch Ohren und Augen etwas aufzunehmen zur Unterhaltung. Und die Medien können nicht alles abdecken. Das merken wir jetzt, die Medien stoßen an Grenzen, und das wissen sie auch selber. Sie können auch fünf Showmaster für einen Sender kaufen und für Millionen uns den Michael Jackson holen, der uns sagt „ich liebe sie“..., das bringt nichts mehr. Das sollten alle, die mit Worten arbeiten, begreifen, daß wir hier eine Chance haben. Die können nicht mehr. In meiner Heimat herrscht wirklich dieselbe Ordnung, jedes Haus hat seinen Fernseher, in jedem Haus sehen sie Videogeräte. Sogar in den Hütten. Aber: Bei uns ist die Macht des Wortes, des Verbalen stärker erhalten als hier. Die Araber oder die Mittelmeervölker sind eher Völker des Wortes. Je nördlicher die Kultur, desto visueller. Welch wunderbare Malerei haben Sie hier, wir haben die nicht. Ihre mittelalterliche Malerei, Renaissance, bis in die moderne Zeit ... Oh, da hat nicht einmal ganz Arabien soviel wie Deutschland oder Italien alleine. Dafür haben wir sehr viel Macht im Wort. Es ist kein Zufall, daß die Religionen bei uns entstanden sind. Es ist eine Gegend, die sehr animiert zur Phantasie durch das Wort, weil ihre Natur nicht viel hergibt. Die Natur der Wüste ist eigentlich ruhig und monoton. Es mag sein, daß das schön ist für einen Besuch, für ein Abenteuer durch die Sahara, aber was wollen sie malen in der Sahara: ein Gelb und dann noch ein Braun, ein Gelb, eine Palme und nochmal ein Braun...? Deshalb waren sie gezwungen, durch ihre Worte in diese Ein-



öde Farbe zu bringen. Man saß da und erzählte: „Und ich hab' einen Wasserfall gesehen, der war soo groß, und da kamen Nixen mit dem Wasser aus dem Fels...“ und man hat sofort Speichel im Mund und glasige Augen und sitzt doch mitten in der Wüste. Wir müssen uns – das ist unsere Aufgabe, auch Ihre – bemühen, spannender zu erzählen, weil die Zeiten unruhiger geworden sind, so zu erzählen und zu formulieren, damit wir die Leute bei der Stange halten, damit wir die Leute gewinnen und nicht langweilen. Ich wundere mich, daß viele meiner deutschen Kollegen noch nicht begriffen haben, daß es nicht die Zeit der wiederholten Nabelbetrachtung ist, des inneren

Monologes über 50 Seiten. Ich bin eine Leserratte, aber ich halte das nicht mehr aus, 50 Seiten nochmal in eine innere Welt zu gehen. Ich möchte etwas hören, sehen, daß etwas passiert. Wir müssen versuchen, auch die schwierigste Sache durch Unterhaltung zu vermitteln. Das ist meine These über das Erzählen: Das ist das, was ich mit dem letzten Buch versucht habe, „Reise durch Nacht und Morgen“. Es ist nichts anderes als ein Dialog zwischen Orient und Okzident, auf unterhaltsame Art gemacht, weil ich diesen Dialog als längst überfällig erachte als Schriftsteller, längst! Das wurde total versäumt, daß der Orient und der Okzident miteinander reden, nicht übereinander herfallen und übereinander schimpfen. Da lasse ich zwei Helden, einer ist Deutscher, einer ist Araber, miteinander wirken, das ist das einzige Geheimnis dieses Buches.

zivil: Wann spielt die Geschichte?

Schami: Im Winter 1992. Ich wollte gerne, daß sie sich nach dem Golfkrieg treffen, nicht im 18. Jahrhundert oder so, sondern 1992: Sie treffen sich im Orient in einer Diktatur, in der jemand wegen eines Witzes verhaftet wird. Ich wollte realistisch schreiben. Ich wollte zeigen, wie schwer das ist, wenn der eine aus Deutschland kommt und mit einer Diktatur konfrontiert wird, von der er keine Ahnung hat. Er ist Zirkusdirektor, er liebt das Temperament im Orient, liebt die Orientalen und ihre große Gastfreundschaft. Auf einmal gerät er in die Mühlen der Diktatur, weil er keine Ahnung hat. „Was, mein Freund ist verschwunden wegen eines Witzes? Gestern haben wir doch noch Wein getrunken?“ Ja, weil jemand das weitergesagt hat, Ihren Freund angezeigt hat. Wo er ist, das wissen Sie nicht. Weder ein Rechtsanwalt hilft Ihnen noch jemand anderes. Das sind Sachen, die ich in dem Roman thematisiere.

zivil: Herr Schami, wir wünschen Ihrem Roman viel Erfolg und danken Ihnen sehr herzlich für das Gespräch.

Rafik Schamis neues Buch „Reise zwischen Nacht und Morgen“ (384 Seiten) ist im Hanser Verlag erschienen.

Jacques Semelin:

Ohne Waffen gegen Hitler

Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa.

dipa-Verlag, Frankfurt/Main 1995, 302 Seiten.

Von Martin Höfflin

Mit diesem Buch hat der französische Historiker und Psychologe eine längst fällige Studie vorgelegt, eine Untersuchung zum zivilen Widerstand in Europa während der Naziherrschaft. Längst fällig ist die Studie deshalb, weil mit zunehmendem zeitlichen Abstand die allgemeine Ansicht zunimmt, Nazideutschland wäre einzig und allein an den Armeen der Alliierten und dem bewaffneten Kampf, beispielsweise der französischen Résistance, zerbrochen. Da eine Würdigung der vielfältigen Formen des zivilen Widerstandes gegen den Hitlerismus bisher fehlte, war in jüngster Zeit der Verweis auf Hitler ein „Totschlagargument“ in jeder Diskussion über Pazifismus bzw. die neue Rolle der Bundeswehr. Wenn gegen Hitler nur militärische Stärke zum Erfolg verhalf, müßten vernünftige Politiker auch heute für ein starkes Militär plädieren, um jeder Reinkarnation Hitlers adäquat begegnen zu können. Folgerichtig wurde zivilen Formen des Widerstandes bestenfalls Aussicht auf Erfolg im Umgang mit relativ humanen Herrschern zugestanden. Die Diskussion über geeignete Instrumente für den Umgang mit Gewaltherrschern könnte



durch die detaillierte Studie Semelins eine neue Qualität erhalten.

Semelin entwirft keine abstrakten Thesen über die Wirkungsweise des zivilen Widerstandes. Statt dessen beschreibt er zunächst die Grundzüge der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa. Ausgehend von den außenpolitischen Interessen Hitlers skizziert er die unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit einzelner europäischer Länder mit Nazi-Deutschland. Dabei zeigt er, daß Widerstand (in welcher Form auch immer) sich auch deshalb so schwer entwickelte, weil in fast allen Ländern Europas eine große Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Nazideutschland bestand. In dem Maße, wie diese Zusammenarbeit überwunden wurde und der innere soziale Zusammenhalt der Länder wiederhergestellt werden konnte, wuchs die Bereitschaft zum Widerstand und auch dessen Erfolg.

Kein Allheilmittel

Je ein Kapitel widmet Semelin der Rolle der öffentlichen Meinung und der Frage der Repression. Ausgehend von der Feststellung, daß es Widerstand ohne Repression nicht gibt, geht Semelin der Frage nach, wie sich unterschiedliche Formen des Widerstandes auf mögliche Repression auswirkten. Hierbei sieht er eine deutliche Überlegenheit ziviler Widerstandsmethoden gegenüber den Methoden der Gewalt, die insbesondere in der Wirkung auf die öffentliche Meinung begründet ist. Anhand vieler praktischer Beispiele kann er auf-

zeigen, daß Unterdrücker durchaus auf die öffentliche Meinung achten. Diese wird nach zahlreichen vergleichenden Studien besonders dann aufgewühlt, wenn Machthaber gegen Menschen zu Repressionen greifen, die ohne Waffen Widerstand leisten. Dadurch, so Semelin, sei der zivile Widerstand gegenüber dem gewaltsamen relativ erfolgreicher.

Jenseits einer moralischen Bewertung liefert Semelin viele gute Argumente, zivile Möglichkeiten des Widerstandes genauer zu erforschen und an ihrer Anwendung zu arbeiten. Er sieht in ihnen kein Allheilmittel, aber „eine Option, die es erlaubt, eine militärische Aktion zu begleiten, zu unterstützen oder diese auch zu ersetzen“. Mit diesem eher pragmatischen Ansatz liefert Semelin mit seiner Studie einen Beitrag, der neuen Schwung in die Pazifismusdiskussion bringen könnte.

Beck'sche Reihe

Jahrbuch Frieden 1996

Jahrbuch Frieden 1996, Beck'sche Reihe, München 1995, 294 Seiten.



Ein Jahrbuch zum Thema Frieden gibt seit vielen Jahren der Verlag C. H. Beck heraus. In kürzeren Beiträgen kompetenter AutorInnen informiert das Jahrbuch über aktuelle Konflikte, die Entwicklung von Rüstung und Abrüstung und die Arbeit am Frieden. Außerdem enthält der Band eine Chronik der wichtigsten Ereignisse aus der Friedensarbeit des vergangenen Jahres, eine Übersicht über Friedenspreis-TrägerInnen sowie eine Liste wichtiger Gedenktage 1996.

Taschenkalender

Für alle, die noch keinen passenden Taschenkalender für 1996 gefunden haben, hier ein paar Empfehlungen:

Dritte Welt Kalender '96

Texte und Kurzinfos über das Nord-Süd-Verhältnis finden sich im Dritte-Welt-Kalender. Außerdem: Adressen aller wichtigen Initiativen und Organisationen der Dritte Welt-Arbeit. Dritte-Welt-Kalender '96, Lamuv Verlag, Göttingen

Indianer '96

Dieser Taschenkalender will den Blick auf die indianische Wirklichkeit lenken, will informieren und unterhalten zugleich. Neben Geschichten, Berichten und Gedichten enthält der Kalender Besprechungen wichtiger Neuerscheinungen der Indianerliteratur. Und auch hier:

jede Menge Adressen von Organisationen, die sich in Deutschland oder in den USA mit der Thematik Indianer befassen. Indianer '96, Lamuv Verlag, Göttingen

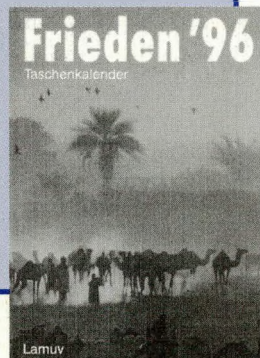
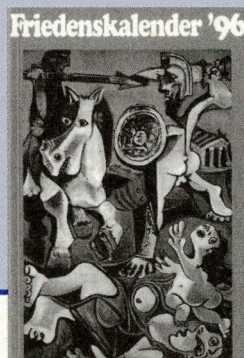
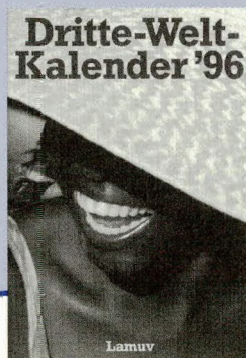
Friedenskalender '96

Informationen und Texte zum Thema Krieg und Frieden enthält der „Friedenskalender '96“, erschienen im Harms-Verlag. Interessant dabei:

Die Texte befassen sich nicht nur mit der Situation in Europa, sondern auch mit den Zusammenhängen des Rüstungsexports in die Länder der Dritten Welt. Einige der Texte stammen aus wub-Ausgaben des vergangenen Jahres. Auch der „Friedenskalender“ enthält Adressen wichtiger Initiativen für den Frieden. Friedenskalender '96, Harms Verlag, Vossbarg 21, 24248 Mönkeberg

Frieden '96

Texte von Bonhoeffer, Sölle, Rosa Luxemburg, Sophie Scholl oder auch Richard von Weizsäcker enthält der Taschenkalender „Frieden 96“, erschienen im Lamuv Verlag. Auch dieser Taschenkalender hat ein handliches Format, enthält nützliche Infos und Adressen und läßt genügend Platz für eigene Notizen. Frieden '96, Lamuv Verlag, Göttingen




**Betr.: wub 4/95:
„Trash-oi-metal-reggae“**

Als Heavy-Metal-Fan möchte ich etwas zu zwei Artikeln des 4/95er wub-Themas „Musik und Gewalt“ loswerden, die meiner Meinung nach nicht differenziert genug sind. Schon durch die bloße Betitelung „Trash-oi-metal-reggae: Gewaltstrotzende und rassistische Botschaften in der Rock-Musik – wie geht man damit um?“ und „Lebenslaute – Mit klassischer Musik gegen Atomraketen“ wird in Bezug auf Gewalt ein krasser Gegensatz aufgebaut, und das nicht zwischen einzelnen Stücken, sondern zwischen den gesamten Musikrichtungen. Die eine erscheint gewaltverherrlichend, die andere friedensstiftend.

Auch beim Lesen der Artikel bleibt dieser plakative Schwarz-Weiß-Gegensatz bestehen. Gegenüber dem Heavy-Metal, effektiv plaziert zwischen der teilweise rechtsradikalen oi-Musik und „123 Titel auf dem Index“, sei zwar „Gelassenheit angesagt“, trotzdem müsse man ihn wegen satanischer Texte, Gewaltverherrlichung und Blasphemie im Auge behalten. Die „Lebenslaute“ werden dagegen als das ultimative Mittel gegen Gewalt dargestellt: „Mit der klassischen Musik sollten Menschen für den Zivilen Ungehorsam und die gewaltfreie Aktion gewonnen werden. Und dies, so zeigte sich im Laufe der Jahre, ist auch gelungen.“ und „Selbst hinter Gitterstäben (...) hilft die Musik weiter.“

Nirgends las ich ein Wort davon, daß es auch beim Heavy-Metal Gruppen gibt, die Antikriegslieder spielen (z. B. Metallica „One“, „Disposable Heroes“ oder Body Count „Schallow Graves“) und nirgends wurden „klassische“ Komponisten wie Richard Wagner erwähnt, der in seinen Nibelungen den herrischen, furchtlosen, tapferen und harten Germanen als Ideal darstellte.

Stefan Zapf, Nettetal


**Betr.: wub 4/95,
„Trash-oi-metal-reggae“**

Zunächst einmal Dank für einen im großen und ganzen überraschend objektiven Artikel, was bei Publikationen zum Thema „Heavy Metal und Konsorten“ leider nur selten der Fall ist. Doch haben sich einige Fehler eingeschlichen, die ich kurz ansprechen möchte:

- Das Merkmal des Speed Metal ist nicht das hohe Tempo, dieses ist, verglichen zu anderen Stilen, recht moderat, sondern eher die Betonung melodischer Teile.

- Trash Metal (Müll-Metal) existiert nicht. Gemeint ist hier wohl Thrash Metal (thrash: verdreschen, verprügeln, bezogen natürlich vornehmlich auf Instrumente und nicht auf Mitbürger), der aber weniger durch Gewaltverherrlichung und schon gar nicht durch Blasphemie,



sondern eher durch hohes Tempo und Politik- bzw. Alltagsthemen gekennzeichnet ist.

- Die Gewaltverherrlichung/Blasphemie ist hingegen beim Death Metal zu finden, was zugegeben ein Problem ist.

Nun aber zurück zum eigentlichen Thema. Für mich stellt sich die Frage, ob Plattencover mit Motorsägen oder die abgebildeten Accessoires wirklich so ein großes Problem sind. Ich bewege mich selbst seit ca. acht Jahren in dieser „Szene“ und kann in keiner Weise erkennen, daß diese Musik samt Anhängseln nur gewalttätige Schläger produziert. Im Gegenteil, die Musik wird oft von sehr in sich gekehrten Menschen konsumiert und ich kenne in meinem „Headbanger“-Bekanntenzirkel keinen einzigen, der nicht KDVer ist. (...)

Für weitaus problematischer halte ich die „Rechts-Rocker“, da hier die Zuhörerschaft für bestimmte politische Ziele aufgestachelt werden soll, bei den Hörern eine gewisse „Vorschädigung“ vorhanden ist und die Musik dazu führen kann, die „eigene Meinung“ (besser: oktroyierte) zu verstärken. Weiterhin prägen sich die oft deutschen Texte wesentlich besser ein als ein (zugegeben) wirres, englisches Death-Metal-Gegrunze. Soweit zeigt sich am Ende, daß es trotz des Gutes der künstlerischen Freiheit nicht ganz ohne Einschränkungen geht, wobei ich die Gefahren gerade aus dem Metalbereich auch im Vergleich zum Film als verschwindend gering ansehe.

Ingo Lachmann, Schlitz-Rimbach


Leserkommentare

„Änderung der Gestaltung der Titelseite, mehr internationale Themen, ansonsten gut.“

Timo Meyer, Stuhr

„Die Zeitschrift wub müßte auch in Schulen und Kirchen für einen Unkostenbeitrag zu haben sein. Gerade für junge Leute ist diese Zeitschrift lehrreich.“

André Löffler, Voerde

„Der Bericht über Heavy Metal ist ja wohl aus der Luft gegriffen. Denke nach! Wieviele Metaller (Metal-Fans) leisten denn wohl Zivildienst?“ Über 50 Prozent.“

Marcus Nolting, Kalletal

„Jedesmal freue ich mich aufs neue wub. Das Thema ‚Musik und Gewalt‘ ist hoch interessant. Euch einmal ein herzliches Danke schön für die immer so ansprechenden Ausgaben der Zeitschrift.“

Gunther Blessing, Schorndorf

„Tolles Special über Musik und Militarismus – weiter so! Wie wäre es mit Reportagen über Literatur und Pazifismus bzw. Militarismus? Angesichts der Hinrichtung von Ken Saro Wiwa doch ein brennendes Thema.“

Christian Säfken, Rodenkirchen

„Ich lese wub immer wieder gerne. Über mehr Portrait-Beiträge, wie über Erika Mann, würde ich mich sehr freuen!“

Jens Wahlhäuser, Neunkirchen

„Viel mehr Rätsel. Angenehme Aufmachung, interessante Themen, auf bessere Umweltverträglichkeit der Zeitschrift achten.“

Axel Bausemir, München

„Tolle Zeitschrift, klasse Artikel, starkes Layout, abwechslungsreich, individuell, spannend, einfach super!“

Matthias Kreidler, Dormagen

„Gut, da informativ und unterhaltend. Mir gefällt besonders ‚Leserbericht‘, ‚Info‘ und ‚Hintergrund‘.“

D. Grebestein, Elmshorn

„Ihr solltet Meinungen und Tatsachen stärker trennen. Das Bombardement mit sympathischen pazifistischen Idealen macht mich noch nicht zum Pazifisten (nach Eurer schwarz-weiß-Definition).“

Achim Koberstein, Schlangen

„Desöfteren findet man in der Zeitschrift interessante Artikel. Vor allem der Aufbau und das Layout des Heftes sind gut gelungen. Schade nur, daß nicht jeder ZDL ‚automatisch‘ ein Exemplar erhält.“

Matthias Reichelt, Nidderau

„Ich habe wub erst zweimal gelesen – weiter so. Der Bericht über Carl Orff war toll! Danke.“

Kartsen Steckling, Züssow

**„Lob ist meine einzige Kritik.
Die wub für'n Zivi ist echt duftel!
In der Tasche trag' das gute Stück
Wenn ich im Spätdienst schufte!“**

Jan Röhnert, Oberndorf

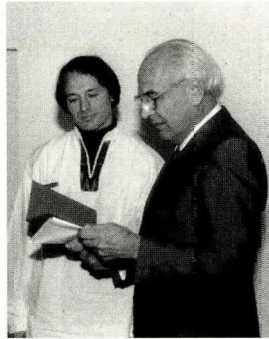
FRIEDENSBRIGADEN MIT FÖRDERPREIS AUSGEZEICHNET

Der mit 10000 Mark dotierte „Friedrich Siegmund-Schultze Förderpreis für gewaltfreies Handeln“ wurde am 31.10.95 an den deutschen Zweig der Internationalen Friedensbrigaden, Peace Brigades International, PBI, verliehen. Der Friedenspreis wird vergeben von der zivil-Herausgeberin, der Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der KDVer, EAK. Das Preisgeld stammt aus Spenden. Mit der Verleihung des Preises möchte die EAK eine Initiative auszeichnen, die mit ihrer Arbeit Beispiel gibt für „vorbildliches, überzeugendes Bemühen um konsequent friedliche Streitbeilegung und gewaltfreies Handeln.“

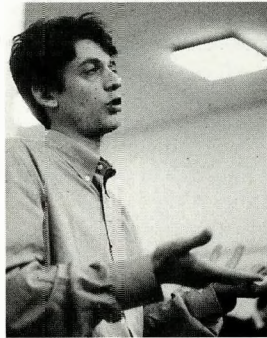
Seit 1981 arbeiten Freiwillige der PBI in Krisenregionen und Umsturzgebieten und unterstützen dort als „menschliche Schutzschilde“ die Arbeit gefährdeter MenschenrechtsaktivistInnen. Gewaltfreiheit ist für die Friedensbrigaden oberstes Prinzip, sowohl bei den eigenen Aktivitäten, als auch bei den zu schützenden Personen. Die Freiwilligen von PBI werden nur auf Anfrage von Betroffenen tätig, denen sie durch ihre ständige Begleitung Freiräume für ihre Arbeit schaffen und erhalten. In die Inhalte dieser Arbeit mischen sie sich nicht ein. Mitglieder der PBI leisten ihren Dienst gegenwärtig in Guatemala für Mitglieder der Volksbewegung aus Maya- und Bauernorganisationen, in Sri Lanka für Anwälte von Verschwundenen, in Nordamerika für Indianer und in Kolumbien für MenschenrechtlerInnen und Angehörige von Verschwundenen.

Im vergangenen Jahr erhielt den Friedrich Siegmund-Schultze Förderpreis das „Zentrum für Antikriegsaktion“ in Belgrad.

Der Namensgeber des Preises, der Theologe Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969) war als engagierter Christ Wegbereiter kirchlicher Friedens- und Sozialarbeit. Sein Motto: „Seid Täter des Wortes!“



Der EAK-Vorsitzende Jan Niemöller (l.) und Werner Huffer-Kilian von PBI.



Nikos Karanikas. Foto: Piberhofer

jährlich, (ebenso viele kämen jährlich pro Jahr im Armeedienst zu Tode), aber die wirklichen Zahlen seien weit höher, so Ella Poljakowa von den „Soldatenmüttern aus St. Petersburg“ bei einer Tagung zum Thema „Gewissen ohne Schutz? Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion“. Die Bedingungen während des zweijährigen russischen Armeedienstes seien „schlimmer als eine Haftstrafe“, so Poljakowa.

Zusammen mit der Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“ forderte „Connection“ die Bundesregierung auf, den Deserteuren aus den russischen Armeen Asyl zu gewähren.

Verschiedene Organisationen, darunter die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, haben die „Soldatenmütter“ für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Kontakt: Connection e.V., Brüder-Grimm-Straße 63, 63069 Offenbach

Griechenland

Ein Jahr Freiheitsentzug auf Bewährung verhängte am 19.12.1995 das zuständige Berufungsgericht gegen den griechischen KDVer Nikos Karanikas, der in erster Instanz zu vier Jahren Haft verurteilt worden war. Daß die Militärrichter mit ihrem Urteil weit unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft blieben, führen Beobachter auf die große öffentliche Aufmerksamkeit zurück, die weit über Thessaloniki hinaus für den Prozeß mobilisiert werden konnte: Vertreter von Amnesty International, EBCO (Europäisches Büro für KDVer, Brüssel) und Europäischem Parlament (Sozialistische Fraktion und Grüne) waren ebenso im Gerichtssaal anwesend wie griechische Politiker und Rechtsprofessoren, die die angebliche Unvereinbarkeit von KDVer und griechischer Verfassung widerlegten. Dennoch ist für Nikos Karanikas ein Ende der Verfolgung durch die Militärbehörden nicht abzusehen: Kaum hatten die internationalen Prozeßteilnehmer in einer Presseerklärung seine Befreiung aus dem Gefängnis begrüßt, als bekannt wurde, daß bereits für den Tag der Haftentlassung (20.12.) wieder ein Einberufungsbescheid vorlag. Sofort nach Weihnachten wurde ein neuer Haftbefehl gegen den KDVer ausgestellt – diesmal nicht wegen Befehlsverweigerung, sondern wegen „Fahnenflucht in Zeiten militärischer Mobilmachung“.

durch ein schriftliche Gesuch eine „Dienstverschiebung“ beantragen und so einem Strafverfahren entgehen.

Der Zivildienst dauert nach dem Gesetz 1,5mal solange wie die Militärdienstzeit, für Unteroffiziere oder Offiziere nur 1,1mal solange. Die Tätigkeitsbereiche des Zivildienstes sollen im Gesundheits- und Sozialwesen angesiedelt sein, aber auch zur „Kulturgütererhaltung“ dienen sowie dem Umweltschutz, dem Forstwesen, der Landwirtschaft und der „Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe“. Ein besonderes schweizerisches Merkmal dürfte sein, daß der Zivildienst auch in Projekten der Landwirtschaft geleistet werden kann, welche „zur Verbesserung der Lebens- oder Produktionsbedingungen“ führen und „deswegen auf kostengünstige Arbeitsleistungen Dritter angewiesen sind“.

Auslandseinsätze sind nur in Ausnahmefällen zugelassen. Zwingend für alle Verweigerer sieht das neue Gesetz neben einer schriftlichen Begründung auch eine mündliche Gewissensprüfung vor. Nur für Zivildienstleistende, die im Pflegedienst eingesetzt werden, schreibt das Gesetz einen Einführungskurs vor.

FRANKREICH BALD OHNE WEHRPFLICHT?

Der französische Verteidigungsminister Charles Millon hat Presseberichten zufolge bestätigt, daß seine Regierung die Wehrpflicht abschaffen und eine Berufsarmee einführen will.

EUROPÄISCHE KIRCHEN ZUR KDVer

Gewissensschutz für alle europäischen Bürger, die den Militärdienst aus Gewissensgründen verweigern und die Freilassung aller wegen Kriegsdienstverweigerung Inhaftierter, das waren die Hauptforderungen einer internationalen Konferenz, bei der sich im vergangenen Oktober 36 Vertreter von 35 Kirchen und Menschenrechtsgruppen aus 17 europäischen Ländern in Minsk/Weißrußland trafen. Sie KonferenzteilnehmerInnen forderten von den staatlichen Verantwortlichen außerdem, gleichlange Dienstzeiten für Wehr- und Alternativdienste „ohne strafenden Charakter“ einzurichten, sowie jenen Schutz zu bieten, die als Verweigerer aus Gewissensgründen aus Kriegsgebieten fliehen. Eingeladen zu der Versammlung hatten die Konferenz Europäischer Kirchen und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer EAK. (Der gesamte Text der Konferenzklärung kann bei der Redaktion angefordert werden).

KDVer-INTERNATIONAL

Rußland

Auf rund 3000 Personen schätzt das Deserteursnetzwerk „Connection e.V.“ die Zahl der Deserteure aus der russischen Armee, die allein in Deutschland Asyl suchen. Offiziell spricht die Armee zwar von insgesamt 5000 Deserteuren



Schweiz

Voraussichtlich ab 1. Oktober 1996 wird in der Schweiz erstmalig Zivildienst geleistet werden können, nachdem im Oktober letzten Jahres das schweizerische Parlament dem Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst zugestimmt hatte. Schon jetzt können zivildienstwillige Schweizer

NICARAGUA-AUFBAUHILFER BLEIBT KDVer

Der Ulmer KDVer Joachim Schraivogel hat nach neun Jahren Prozeßdauer sein Verfahren gegen die Wehrbereichs-

verwaltung (WBV) Stuttgart gewonnen und seine Anerkennung als KDVer behalten. Auf Betreiben des Stuttgarter MdB Roland Sauer (CDU) hatte das BAZ 1986 das Verfahren zur Widerrufung der Anerkennung als KDVer gegen Schraivogel und zwei weitere Ex-Zivis eingeleitet, weil sich die drei 1985 in einem Dorf in Nicaragua aus Angst vor Überfällen der Contra-Rebellen am Wacheschieben mit umgehängten Gewehren beteiligt hatten. Zu einem Kampf war es nicht gekommen. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen wertete in seiner letztinstanzlichen Entscheidung das Waffentragen der KDVer als zulässige Nothilfesituation.

EKD-SYNODE FÜR EUROPaweITES RECHT AUF KDv

Für eine umfassende Förderung der christlichen Friedensdienste im In- und Ausland, die Schaffung eines Freiwilligen-Gesetzes für Auslandsdienste und für das Recht auf KDv in allen europäischen Staaten hat sich die Synode der EKD auf ihrer letzten Tagung im vergangenen November in Friedrichshafen ausgesprochen. Bei der Erziehung in Familie, Gemeinde und Schule sei der Friedensethik und der Eindämmung der Gewalt Vorrang einzuräumen: „Gewalt beginnt in den Köpfen, nicht erst auf der Straße“, heißt es in einer Erklärung. In diesem Zusammenhang forderte das Kirchenparlament eine verstärkte Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und der Diskriminierung von AusländerInnen.

In einer Reihe von Beschlüssen sprach sich die Synode u.a. gegen Herstellung und Produktion aller Landminen aus und für eine Reduzierung des Rüstungsexportes.

Die Synode beklagte, daß 50 Jahre nach Kriegsende die Menschen, die als Deserteure, KDVer und sogenannte „Wehrkraftzersetzer“ von den Nazis verurteilt worden waren, bis heute nicht rehabilitiert sind und forderte mit Nachdruck vom Deutschen Bundestag, endlich entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen.

WORKCAMPs IN DER DRITTEN WELT

Internationale Workcamps in Afrika, Asien und Lateinamerika bieten die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste an. Das neue Programmheft kann bestellt werden bei: ijgd, Tempelhofer Damm 2, 12101 Berlin

TERMINE

8.–10. März: „Leben inmitten von Leben, das leben will“, Seminar zur Aktualität von **Albert Schweitzer**s Denken. **Kontakt:** Evang. Akademie Baden, Postf. 2269, 76010 Karlsruhe

15.–28. April: „Gewaltfreiheit in der Kultur der Gewalt“. Zweiwöchiges inter-

nationales Seminar in Izmir/Türkei. **Kontakt:** DFG/VK, Bildungswerk NRW, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund.

26. April: 10. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von **Tschernobyl**, Veranstaltungen und Aktionen in verschiedenen Städten. **Kontakt:** Göttinger Gegenzug e.V., Gerlinde Wiese, Kirchplatz 1, 37294 Neu-Eichenberg

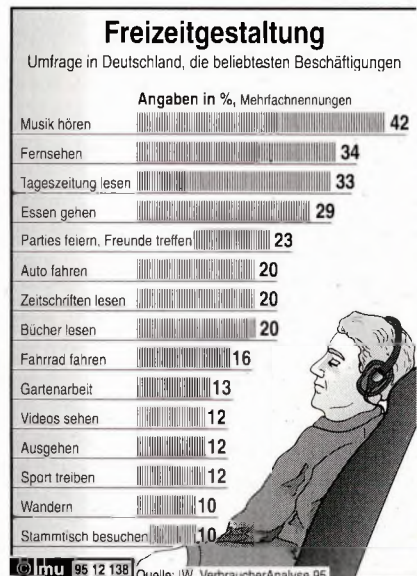
15. Mai: Internationaler **Tag der Kriegsdienstverweigerer**. Das Thema lautet in diesem Jahr: „Situation der Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten“. **Kontakt:** Connection e.V., Rudi Friedrich, Brüder-Grimm-Str. 63, 63069 Offenbach

13.–16. Juni: **Ökumenische Versammlung** in Erfurt: „Versöhnung suchen – Leben gewinnen“. Neben der Delegiertentagung wird es öffentliche Foren und ein breites Beiprogramm geben. Im Vorfeld der Versammlung werden Pilgerwege aus verschiedenen Richtungen organisiert, an denen sich jede/r beteiligen kann. **Kontakt:** Bischöfliches Ordinariat, Presseferat, Postfach 296, 99006 Erfurt

14.–16. Juni: Einführung in **gewaltfreies Handeln**. Gewaltfreies Training. **Kontakt:** „Kurve Wustrow“, Bildungsstätte für Gewaltfreie Aktion e.V., Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

5.–7. Juli: „**Das Tier** zwischen seinen Nützen und Schützern“, Seminar über den Umgang mit Tieren. **Kontakt:** Evang. Akademie Baden, Adresse siehe oben/März.

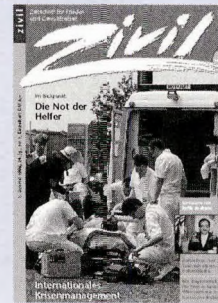
zivil 2/96 erscheint am 15. Mai (Redaktionsschluß: 1.4.) mit dem Thema: **Kreativ gegen Gewalt**. Wir beschreiben ungewöhnliche Projekte und pfiffige Ideen von Künstlern, Kindern und anderen Leuten.



Dranbleiben! Mitreden!



abonnieren!



Bitte beachten:

Evangelische ZDL erhalten zivil, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschickt. Die Abokosten werden von der

Evangelischen Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Bitte Ausschneiden und senden an:

Büro Pfarrer Helmut Schlüter, Vertrieb „zivil“, Postfach 260230, 50515 Köln

Hiermit bestelle ich zivil ab Nr. ___ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet 12,- DM (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes gekündigt habe.

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim zivil-Vertrieb (Adresse siehe oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

Datum, 2. Unterschrift _____

Zum Bestellen:

Unser Renner: Der praktische Sammler für alles, was Zivis Recht ist, vom „Beschwerderecht“ bis zur „Verschwiegenheitspflicht“, von der „Arbeitslosenhilfe“ bis zum Sonderurlaub“...

- einsortiert in einen praktischen Hefter
- plus Inhaltsverzeichnis
- plus treffende Karikaturen unseres Zeichners „Matz“
- plus viel Platz für das Einordnen zukünftiger Ausgaben

Zu bestellen nur gegen Voreinsendung von 7,- DM in Briefmarken bei:

zivil-Redaktion, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart





Rüstzeiten und Werkwochen sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfadens E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN*

- 11.03.–15.03.96 Oppenau/Schw.: Texte, Szenen Kabarett – selbst schreiben und spielen.
 - 30.03.–07.04.96 Cim/Tschechien (Nähe Prag): Begegnungen mit jungen Christinnen und Christen aus Osteuropa.
 - 06.05.–10.05.96 Neckarzimmern/Odenw.: „Zivis – Die neuen Männer“.
 - 06.05.–10.05.96 Neckarzimmern/Odenw.: Kunstwerkstatt – Malen, Zeichnen und Holzschnitt.
 - 25.05.–01.06.96 Horn/Bodensee: Rollfietstour – Begegnungen mit behinderten Jugendlichen.
- Anmeldeformulare:** Beauftragte für KDV und ZDL, Postf. 2269, 76010 Karlsruhe, Tel. 07 21/93 49-333, Fax 07 21/93 49-300

BAYERN

- 06.05.–10.05.96 Schwarzbach: „Zukunftswerkstatt: Computergestützte Simulation eines Entwicklungsmodells“.
 - 06.05.–10.05.96 Leutershausen: „Das war mein Zivildienst – war das alles?“ – Spezialwerkwoche für Teilnehmer der Einführungslehrgänge des Diakonischen Werkes.
 - 20.05.–24.05.96 Deinsdorf: „Training in Zivilcourage“.
 - 10.06.–14.06.96 Kattenhochstatt: „Pantomime und Körpertheater – Spielen mit dem Handschuh der Seele“.
- Anmeldeformulare:** Beauftragte für KDV und ZDL, Postf. 450131, 90212 Nürnberg, Tel. 09 11/43 04-238, Fax 09 11/43 04-201

BERLIN

- 22.04.–26.04.96 Wünsdorf: Die Atomkatastrophe von Tschernobyl – 10 Jahre danach.
 - 20.05.–24.05.96 Wünsdorf: Sperrgebiet – Lebens-Bilder am ehemaligen Militärstandort Wünsd. (Fotoseminar).
- Anmeldeformulare:** Amt für evang. Jugendarbeit, Neue Grünstr. 19–22, 10179 Berlin, Tel. 030/308697-182/-142, Fax 030/2795649

HANNOVER

- 18.03.–22.03.96 Obernkirchen: Meditation als Lebenshilfe?
 - 15.04.–19.04.96 Spiekeroog: Das Individuum im Strudel der Medien - Privatheit und Öffentlichkeit.
 - 29.04.–03.05.96 Spiekeroog: Alter, Krankheit, Sterben.
 - 06.05.–10.05.96 Spiekeroog: Utopie – In welcher Welt möchten wir leben?
 - 20.05.–24.05.96 Wendland: »Widerstand erfahren« - Mit dem Fahrrad durchs Wendland.
 - Juni/Juli 1996 Polen: Aus der Geschichte lernen – Begegnung in Polen.
 - 06.09.–16.09.96 Minsk/Weißrußland: Menschen und Völker in der GUS verstehen lernen. Anmeldung bis Ende März!
- Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Postfach 265, 30002 Hannover, Tel. 0511/1241-468, Fax 0511/1241499

HESSEN UND NASSAU

- 15.04.–19.04.96 Wetzlar: „Alte und neue Nazis“ – Vorbereitung der Gedenkstättenfahrt nach Stutthof im Mai 1996.
 - 22.04.–26.04.96 Wetzlar: „Gewaltfrei gegen die Gewalt im Alltag?“ – Theater der Unterdrückten.
 - 03.05.–12.05.96 Gdansk/Stutthof: „Erinnerung – das Geheimnis der Versöhnung“. Stutthof/Polen.
- Anmeldeformulare:** Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Riedstr. 2, 64295 Darmstadt. Tel. 061 51/367002, Fax 06151/367003

KIRCHENPROVINZ SACHSEN

- 15.04.–18.04.96 Bodenstein/Eichsfeld: „Rollen-Wechsel“. Über Rollenspiele üben, andere besser zu verstehen und in Konflikten kommunikativ zu reagieren.
- Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle KDV, Draesekeplatz 1, 39106 Magdeburg, Tel. und Fax 0391/5616698

KURHESSEN-WALDECK

- 18.03.–22.03.96 Immenhausen: Alternative Energie – Chance für die Zukunft?
- Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle KDV und ZDL, Lessingstraße 13, 34119 Kassel, Tel. 05 61/107882, Fax 05 61/107887

NORDELBIEEN

- 25.03.–29.03.96 Lichtensee: Haben KDV, gewaltfreies Handeln, Pazifismus überhaupt noch eine Chance?
- 22.04.–26.04.96 Koppelsberg/Plöner See: „Gen-Technik und Bio-Ethik“ – Chance oder Katastrophe?
- 06.05.–10.05.96 Koppelsberg/Plöner See: „Reg’ Dich ab! Leb’ Dich aus!“ – Ist das die neue Religion der 90er?
- 03.06.–07.06.96 Lichtensee/Hoisdorf: „Liebe und Sexualität wollen gelebt sein!“ – Freundinnen können dabei sein (Kosten erfragen).

Vorankündigung:
04.08.–16.08.96 Polenfahrt nach Auschwitz, Krakau und Warschau. Gespräche mit Zeitzeugen, Besichtigungen und Erhaltungsarbeiten in der Gedenkstätte Auschwitz.

Anmeldeformulare: Kirchl. Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 22089 Hamburg, Tel. 040/258881, Fax 040/2508990

PFALZ

- 15.04.–19.04.96 Bad Dürkheim: „Körperkult, der schöne Schein“ oder „Ich liebe nur mich“.
 - 24.06.–28.06.96 Berlin: Spurensuche gegen das Vergessen.
- Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle Friedensdienst, Große Himmels-gasse 3, 67346 Speyer, Tel. 06232/67150, Fax 06232/671567

RHEINLAND

- 11.03.–15.03.96 Wetzlar: Theaterworkshop
 - 14.04.–21.04.96 Harlingen: Das war’s! War’s das? Rückblick auf den Zivildienst.
 - 22.04.–26.04.96 Kleinschwarzen: Begegnung Ost/West
 - 06.05.–14.05.96 Auschwitz: Was sind wir Menschen?
- Anmeldeformulare:** Zivildienstseelsorge der evang. Kirche, Postf. 260230, 50515 Köln, Tel. 02 21/244696, Fax 02 21/212933

SACHSEN

- 25.03.–29.03.96 Rosenthal/Sächs. Schweiz: „Zeit nehmen, stehen, nutzen“ – Was ist wirklich wichtig für mich?
- Anmeldeformulare:** Landesjugendpfarramt, Caspar-David-Friedrich-Str. 5, 01309 Dresden, Tel. 03 51/47390-27 (Neue Adresse!)

THÜRINGEN

- 15.04.–19.04.96 Kaub/Rhein: „Wege zum Frieden – Militärischer Einsatz oder Ziviler Dienst?“
- Anmeldeformulare:** Evang. JMW/CVJM Thüringen, Dalbergsweg 21, 99084 Erfurt, Tel. und Fax 03 61/2250564

WESTFALEN

- 11.03.–16.03.96 Hagen-Berchum: Kabarett
 - 27.04.–09.05.96 Polen: Versöhnung – Begegnungen mit Auschwitz. Verbindliche Vor- und Nachbereitung: 12.04.–14.04.96 und 01.06.–02.06.96
- Anmeldeformulare:** Amt für KDV und ZDL, Postfach 101051, 44010 Dortmund, Tel. 02 31/540920, Fax 02 31/540921

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei

Braunschweig:
Beratungsstelle für KDV und ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 38100 Braunschweig, Tel. 05 31/4 25 39

Bremen:
Pastorin Ruth Fenko, Hollerallee 75, 28209 Bremen, Tel. 04 21/3 46 15 50

Kurhessen-Waldeck*:
Arbeitsstelle KDV und ZDL, Lessingstraße 13, 34119 Kassel, Tel. 05 61/107882

Mecklenburg:
Beauftragte für KDV und ZDL, Münzstr. 8, 19055 Schwerin, Tel. 03 85/86 41 65

Pommern:
jürgen Knospe, Große Kirchenstr. 13, 17309 Pasewalk, Tel. 0 39 73/21 34 15

Thüringen:
Diakon Detlef Harland, Hauptstraße 32, 99338 Angelroda, Tel. 03 6207/5 59 19

Württemberg*:
Amt für KDV und ZDL, Haebelinstraße 1–3, 70563 Stuttgart, Tel. 07 11/97 81-114

* Ausführliche Programme für die Zivis aus diesen Landeskirchen finden sich in gesonderten Regionalbeilagen in der Heftmitte.



zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabo.

zivil, Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit/Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V.

Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 28209 Bremen

Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Gifhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Siegfried Laugsch, Nürnberg; Theodor Ziegler, Karlsruhe

Redaktionsanschrift:
zivil-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergr. 45, 70176 Stuttgart, Tel. (07 11) 6368214, Fax (07 11) 6369009

Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter
Postanschrift: Postf. 260230, 50515 Köln,

Hausanschrift: Barbarossaplatz 4, 50674 Köln, Tel. (02 21) 24 46 96, Fax (02 21) 21 29 33.

Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg Konto-Nr. 1 011 556 015 BLZ 350 601 90

Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Fotos, Karikaturen u.ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.

Das Jahresabonnement (z.Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 12,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt im Heft Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Gestaltung und Druck:
Windhueter, Schorndorf.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden.

Auflage: 50 000
ISSN 09 36-6520

„Nix bum bum – pax vobiscum!“

Es war eine jener namenlosen Begegnungen der besonderen Art, die geschehen, ohne Geschichte zu machen. Zugetragen hat sich der Vorfall 1945, während der letzten Kriegstage in einem kleinen Ort bei Karlsruhe: Nachdem auch die letzten Endsieg-Parolen verstummt waren, erwarteten die Dorfbewohner mit gemischten Gefühlen den bevorstehenden Einmarsch der amerikanischen Truppen. Wie würden die fremden Soldaten ihnen begegnen – als Besatzer oder Befreier, als Retter, Richter oder Rächer? Schließlich war es soweit, die amerikanische Militärkolonne traf ein. Ein bewaffneter US-Soldat, der wie seine Kameraden zur Durchsichtung der Ortschaft ausgeschwärmt war, schlug lautstark an die Türe eines Hauses und sah sich, wenige Augenblicke später, zwei älteren Frauen gegenüber. Der englischen Sprache offenbar unkundig, empfangen ihn die Frauen mit gefalteten Händen und den Worten: „Wir nix bum bum, wir pax vobiscum!“ „Et cum spiritu tuo“, soll der Soldat geantwortet haben, bevor er kehrte und weiterzog.

„Friede sei mit euch!“ „Und mit deinem Geiste!“

(„Pax vobiscum.“ – „Et cum spiritu tuo“): Vielleicht erinnern uns diese Sätze an zurückliegende oder gegenwärtige

Gottesdiensterfahrungen, vielleicht denken wir direkt an den

alten biblischen Friedensgruß, der u. a. als Zuspruch des auferstandenen Jesus an

seine verängstigten Jünger überliefert ist (Joh. 20). In der beschriebenen Begegnungs-

szene stiftet die Erinnerung an Jesu Friedenswillen Gemeinsamkeit angesichts eines

Umfeldes, das von Angst und Mißtrauen geprägt ist: Da signalisieren zwei Frauen,

die Plünderung und Gewalttat befürchten müssen, einem unbekann-

ten Soldaten, der sich in voller Montur auf Hinterhalt und

Heckenschützen eingestellt hat: „Wir sind Christen-

menschen, wie du vielleicht auch – und nicht das Nazi-

gesindel, mit dem du rechnest.“ Der Soldat seiner-

seits scheint mitteilen zu wollen: „Vergeßt, was ihr

über die Brutalität feindlicher Untermenschen ge-

hört habt – auch in meinem Leben haben christliche

Prägungen ihren Platz.“

„Nix bum bum – pax vobiscum!“ Die wenigen

Worte der Frauen wirken entwaffnend, weil sie

nicht als Munition gegen Andersdenkende ge-

braucht werden, und so gelingt im entscheidenden

Moment der Schritt von der Konfrontation

zur Kommunikation. Von den waffenlosen

Frauen geht eine zivile Ansteckung aus, die den

militärischen Auftrag des Soldaten zeitweise in

den Hintergrund geraten läßt. Ob eine(r) von

ihnen wohl daran gedacht hat, daß die Zukunft

dem Nein zu Krieg und Zerstörung gehören

muß?

Im persönlichen Umgang mit Andersdenkenden

und in der friedenspolitischen Auseinanderset-

zung bleiben die fünf Worte „nix bum bum –

pax vobiscum“ eine Friedenspredigt, die es wert

wäre, Geschichte zu machen.

Friedhelm Schneider



Fotos: Graffiti



zivil

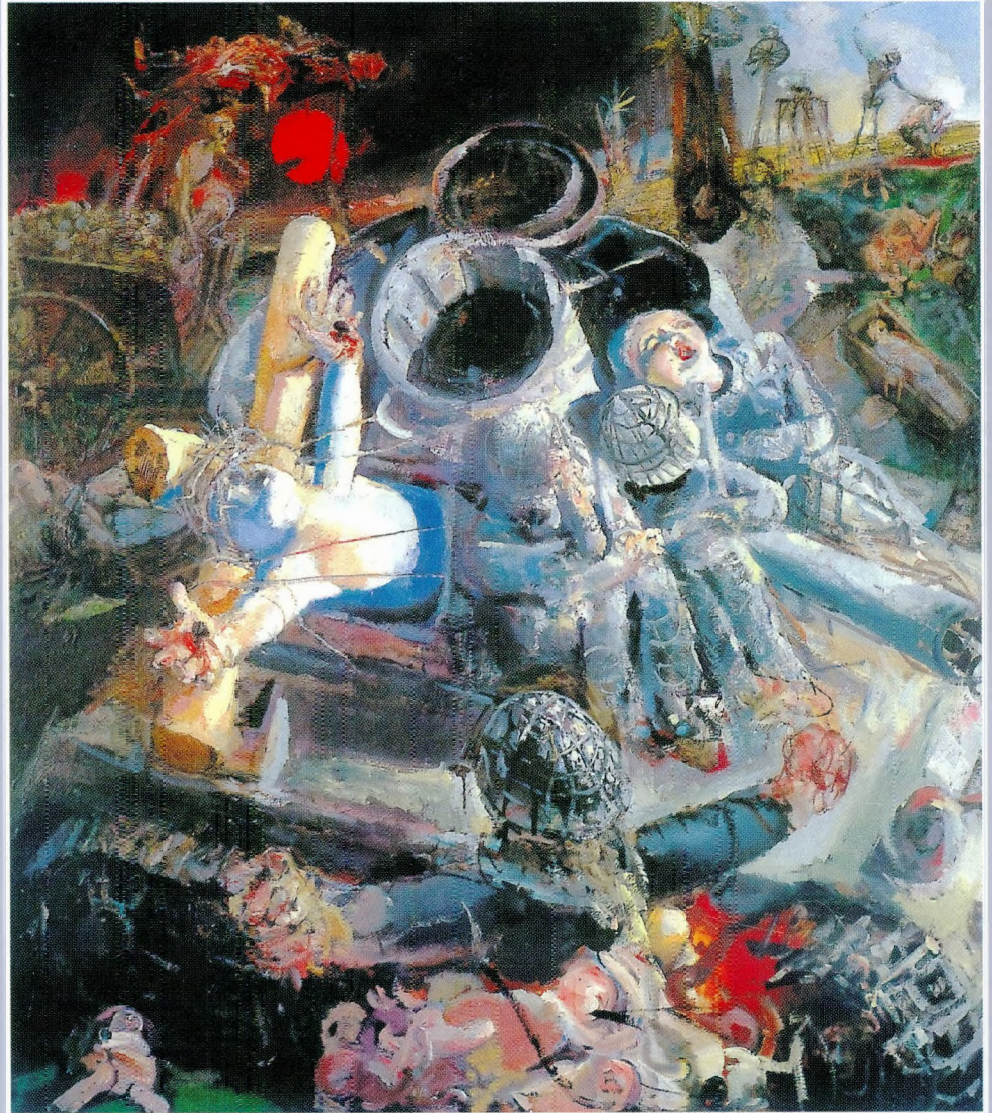
GALERIE

Bernhard Heisigs Bilder sind nicht schön und ästhetisch, auf den ersten Blick eher abstoßend und aggressiv. Fürs Auge und Gemüt eine Zumutung, auch für das religiöse Gemüt. „Der Ölberg“ nennt Heisig sein Bild. Er greift damit ein Thema auf, das bis zu den Passionszyklen des späten Mittelalters reicht: Jesu Gebet in Todesangst und die drei schlafenden Jünger am Ölberg.

In der Mitte des Bildes, auf einem Panzer, sitzen schlafende Soldaten (Heisig war selbst im 2. Weltkrieg Kriegsgefangener in einer Panzerdivision), in sich gekauert, erschöpft zwischen zwei Gefechten. Ihr Schlaf atmet etwas von des „Schlafes Bruder“, vom Tod. Zwei Soldaten schlafen in der Hocke, einer archaischen Bestattungshaltung. Aus der geöffneten Luke des Kampfpanzers ragt das Kreuz heraus mit dem gekreuzigten Christus in weißer Totenstare. Die Wundmale bluten noch. Die laute Botschaft des Bildes wie ich sie sehe: Krieg und Gewalt sind die erneute Kreuzigung Christi. An den Panzer lehnt sich ein Soldat mit Stahlhelm, wie eine Art menschliche Vogelscheuche, die Hände zu grausigen Stümpfen verstümmelt, Eingeweide quellen heraus und auch tote Kinder liegen schwer auf Herz und Gewissen. Der Soldat wirkt wie mitgekreuzigt. An den Ketten des Panzers am Boden ein kleines, erschlagenes Kind: In den Kriegen und Bürgerkriegen der Welt werden immer mehr Kinder zu den eigentlichen Opfern. Links oben im Bild fährt ein Skelett einen Karren mit Totenschädeln. Darüber ein aufgespießter Soldat vor blutroter Sonne. Heisig zitiert hier den von ihm sehr verehrten Künstler Otto Dix und seine Bilder: „Der Schützengraben“ (1920–23, verschollen) und das Triptychon „Der Krieg“ (1932), das von Dix in der Art eines Passionsaltars gestaltet wurde. Auf der anderen Seite des Bildes sehen wir Folterrad, Galgen und eine Hinrichtungsszene. Ebenfalls ein Bildzitat: Heisig übernimmt die Szene aus Peter Brueghels d. Ä. Gemälde „Triumph des Todes“ (16. Jhd.).

Durch die Geschichte hindurch triumphieren Krieg und Tod. Die Menschheit hat aus diesem andauernden Karfreitag der Geschichte nichts gelernt. Sie schläft, so wie die Soldaten schlafen, ohne aus dem Alptraum der Gewalt zu erwachen. Und auch die Christen, die Jünger Jesu, schlafen. Der gekreuzigte Christus wird erneut gekreuzigt, wo auf Krieg und Gewalt gesetzt wird. Denn Jesus war der Mensch, der im Namen Gottes freiwillig auf Gewalt verzichtete,

Bernhard Heisig „Der Ölberg“, 1989



Öl/Leinwand 140/120 cm, Galerie Brusberg, Berlin. Copyright VG Bild-Kunst 1996.

der lieber Opfer von Gewalt sein wollte, als selbst Gewalt anzuwenden. Er ging den Weg der gewaltfreien Leidensbereitschaft.

„Christus fährt mit“ nennt Heisig ein ähnliches Bild, in Anspielung auf das „Gott mit uns“ auf dem Koppelschloß der unheiligen Allianz von Bajonett und Katechismus. Heisig will der Unvereinbarkeit von Christus und Krieg paradoxen bildlichen Ausdruck geben.

Heisigs „Der Ölberg“ ist ein ungewöhnliches, modernes Passionsbild. Der Maler will die Erinnerung an die Menschheitstragödie der Gewalt wachhalten, aufrütteln und uns aus diesem Alptraum aufwecken. Er hat selbst den 2. Weltkrieg mitgemacht als Soldat der

SS Panzerdivision Hitlerjugend bei der Ardennenschlacht und in der „Festung“ Breslau, als Täter und Opfer zugleich. 1945 wurde er als Kriegsinvalide aus der Gefangenschaft entlassen und versuchte die eigene Vergangenheit zu verarbeiten. Seine Bilder sind seine Form der Trauerarbeit. Als Grafiker arbeitete Heisig im polnischen Wroclaw, wurde in der DDR Professor der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst und gehörte der sogenannten „Leipziger Schule“ (Tübke, Hachulla, Mattheuer) an. Er schrieb: „Kunst kann keine Kriege verhindern, aber man kann daran arbeiten, eine Hand so zu zeichnen, daß jeder spürt, daß man diese nicht zerstören darf.“

Harald Wagner